

Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1988/89	
Westliche Industrieländer: Günstigere Konjunkturentwicklung bei Fortbestehen weltwirtschaftlicher Risiken	337
Bundesrepublik Deutschland: Export stärkt Wachstum erneut	344

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 26·27/88

Berlin

30. Juni 1988

55. Jahrgang

Stajlich

Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1988/89

Westliche Industrieländer:

Günstigere Konjunkturentwicklung bei Fortbestehen weltwirtschaftlicher Risiken

Die Weltwirtschaft entwickelt sich seit den Turbulenzen an den Finanzmärkten im Herbst vergangenen Jahres günstiger, als zunächst — auch vom DIW — erwartet worden war. Eine stärkere Konjunkturabschwächung als Folge dieser Turbulenzen ist ausgeblieben. Nur in den USA verlangsamte sich zeitweilig die Zunahme des privaten Verbrauchs beträchtlich. In den meisten übrigen Industrieländern expandierte der Verbrauch weiterhin deutlich.

Das günstigere Konjunkturbild sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß nach wie vor die einzelnen Wirtschaftsräume und die Weltwirtschaft insgesamt vor ungelösten Problemen stehen. So ist einmal die Arbeitslosigkeit in Westeuropa, anders als in den USA und Japan, immer noch sehr hoch, und es besteht wenig Aussicht, daß sie bei dem für dieses und das nächste Jahr zu erwartenden Wirtschaftswachstum nennenswert abgebaut wird. Zum anderen sind die Leistungsbilanzsalden — das Leistungsbilanzdefizit der USA auf der einen und der Leistungsbilanzüberschuß vor allem Japans und der Bundesrepublik Deutschland auf der anderen Seite — weiterhin sehr groß. Sie belasten die internationalen Wirtschaftsbeziehungen, weil sie die Unsicherheit über die künftige Wechselkursentwicklung aufrechterhalten.

Zwar begünstigt der gegenwärtige Dollarkurs die USA; ihre Exporte von Gütern und Diensten nehmen schneller zu als die der übrigen Länder, und die Zunahme der Importe schwächt sich ab. Trotz deutlicher Verringerung des negativen realen Außenbeitrags der USA vermindert sich

aber das — nominale — Leistungsbilanzdefizit nur langsam. Dies hängt damit zusammen, daß die Abwertung des Dollars zu einer Verschlechterung der Terms of Trade geführt hat.

Für den längerfristigen Abbau des Defizits sind aber nicht nur die Wechselkurse wichtig, sondern auch das Wachstumsgefälle zwischen den USA und den übrigen Ländern. Entscheidend für die Beurteilung des Einflusses, den ein Wachstumsgefälle auf die Leistungsbilanzsalden hat, ist die Entwicklung der Inlandsnachfrage. Diese nimmt gegenwärtig in Westeuropa kräftiger zu als in den USA. Allerdings wird sich ihre Expansion im Laufe dieses Jahres und im nächsten Jahr abschwächen, und das Wachstumsgefälle gegenüber den USA wird sich verringern. Damit geht eine Verlangsamung der Importzunahme in Westeuropa einher. Die USA erhalten somit von der Entwicklung der Inlandsnachfrage in Westeuropa weniger außenwirtschaftliche Entlastung als im Vorjahr. Weiterhin erheblich profitieren sie dagegen vom Wachstumsgefälle gegenüber Japan.

Verringern sich aber die Defizite und Überschüsse der Leistungsbilanzen nur allmählich und sind noch über Jahre hinweg relativ hohe Defizite der USA zu finanzieren, so stellt sich die Frage, ob bei den herrschenden Wechselkursrelationen künftig Kapital in ausreichendem Maße in die USA fließen wird. Im vergangenen Jahr und Anfang dieses Jahres gelang die Stabilisierung des Dollarkurses nur, weil die Zentralbanken an den Devisenmärkten intervenierten und damit die Finanzierung des

Entwicklung des Bruttosozialprodukts und der Inlandsnachfrage in den westlichen Industrieländern

Länder	Gewichte ¹⁾ 1986 in vH		B S P real			Inlandsnachfrage ²⁾ real			Preise ³⁾		
	BSP	Ausfuhr der BRD	Veränderung in vH gegenüber Vorjahr								
			1987	1988	1989	1987	1988	1989	1987	1988	1989
Bundesrepublik											
Deutschland	8,5		1,7	2,5	1,5	2,9	3,0	1,5	2,1	1,5	2,0
Frankreich	6,9	14,7	2,2	2,0	1,5	3,3	2,5	1,5	2,8	2,5	2,5
Italien	5,7	10,1	3,1	2,5	2,0	4,7	3,0	2,5	5,6	5,0	5,0
Großbritannien	5,3	10,6	4,5	3,5	2,0	5,1	5,0	3,0	4,5	5,5	6,0
Spanien	2,2	2,9	5,2	4,0	3,5	7,5	5,5	4,5	6,0	5,0	5,5
Niederlande	1,6	10,7	2,4	1,5	1,5	2,9	1,0	2,0	- 1,0	0,5	1,0
Belgien	1,0	8,8	1,8	2,0	1,5	2,2	2,5	2,0	2,0	2,0	2,0
Dänemark	0,8	2,9	- 1,0	0,0	0,5	- 2,5	- 0,5	0,0	5,5	5,0	4,0
Griechenland	0,4	1,2	- 0,5	1,5	1,5	- 0,5	1,5	1,5	14,0	13,0	12,0
Portugal	0,3	0,7	5,0	4,0	3,0	10,0	6,0	4,5	11,0	7,0	6,5
Irland	0,2	0,6	3,0	0,5	0,5	- 0,5	- 3,0	- 0,5	4,0	3,5	3,0
EG	32,9		2,7	2,5	1,8	3,8	3,1	2,1	3,6	3,4	3,7
EG ohne BRD	24,4		3,1	2,5	1,9	4,1	3,2	2,3	4,2	4,1	4,2
EG ohne BRD ⁴⁾		63,2	2,7	2,2	1,7	3,5	2,7	2,1	3,4	3,5	3,6
Schweiz	1,3	7,3	2,0	2,0	1,5	5,0	3,0	2,5	3,0	3,0	3,0
Schweden	1,2	3,5	2,8	2,5	1,5	3,4	3,0	2,0	5,0	5,5	5,5
Österreich	0,9	6,6	1,3	1,5	1,5	2,4	2,0	1,5	2,5	2,0	2,0
Finnland	0,7	1,3	3,6	3,0	2,0	5,5	3,5	2,5	4,5	5,0	5,0
Norwegen	0,7	1,7	1,5	0,0	0,5	- 3,2	1,5	- 1,0	6,5	4,5	4,0
Europäische Industrieländer	37,7		2,7	2,4	1,7	3,7	3,1	2,1	3,7	3,5	3,7
Europäische Industrie- länder ohne BRD	29,2		2,9	2,4	1,8	3,9	3,1	2,2	4,2	4,1	4,2
Europäische Industrie- länder ohne BRD ⁴⁾		83,6	2,5	2,1	1,7	3,4	2,7	2,1	3,4	3,5	3,5
USA	40,1	13,0	2,9	2,5	2,0	2,5	1,5	1,0	3,0	4,0	4,5
Kanada	3,5	1,3	3,9	4,0	3,0	4,8	5,5	4,0	4,6	4,0	4,5
Japan	18,7	2,1	4,2	4,5	3,5	5,1	5,5	4,0	- 0,2	1,5	2,0
Außereurop. Industrieländer	62,3		3,3	3,2	2,5	3,4	2,9	2,1	2,1	3,3	3,8
Außereurop. Industrieländer ⁴⁾		16,4	3,1	2,9	2,3	3,0	2,3	1,6	2,7	3,7	4,2
Insgesamt	100,0		3,1	2,9	2,2	3,5	3,0	2,1	2,7	3,3	3,7
Insgesamt ohne BRD	91,5		3,2	2,9	2,3	3,6	3,0	2,1	2,8	3,5	3,9
Insgesamt ohne BRD ⁴⁾		100,0	2,6	2,3	1,8	3,4	2,6	2,0	3,3	3,5	3,6

1) Auf Dollarbasis. — 2) Verbrauch und Investitionen des Inlands. — 3) Deflationierungsfaktor des BSP. — 4) Gewichtet nach den Anteilen der Länder an der deutschen Warenausfuhr.

Quellen: Nationalstatistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsraten gerundet.

Entwicklung der Komponenten des Bruttosozialprodukts in den westlichen Industrieländern
reale Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Länder	Privater Verbrauch			Öffentlicher Verbrauch			Bruttoanlage-investitionen			Exporte von Gütern und Diensten			Importe		
	1987	1988	1989	1987	1988	1989	1987	1988	1989	1987	1988	1989	1987	1988	1989
Bundesrepublik Deutschland	3,1	3,0	1,5	1,6	1,5	1,0	1,7	3,0	2,0	0,8	3,5	4,0	4,8	4,0	4,0
Frankreich	2,5	2,5	2,5	2,4	2,5	2,5	3,7	3,5	2,5	2,6	4,0	3,5	7,5	5,5	4,0
Italien	4,3	3,0	2,5	3,4	2,5	2,0	5,2	2,5	2,0	3,6	5,0	4,0	10,0	6,5	5,0
Großbritannien	5,2	5,0	3,0	1,2	1,5	1,5	3,5	7,0	4,0	5,6	2,0	2,5	7,6	7,0	5,0
Spanien	5,2	4,0	3,0	9,0	5,0	2,0	14,0	11,0	9,5	7,0	5,5	4,5	19,0	11,5	9,0
Niederlande	3,5	1,5	2,0	1,5	1,5	1,5	3,5	1,0	2,0	5,0	4,0	3,0	6,0	3,0	4,0
Belgien	2,2	2,0	2,0	-1,5	0,0	0,5	5,0	4,0	4,0	4,2	4,0	3,0	4,8	4,5	3,5
Dänemark	-1,5	0,0	0,5	1,5	1,0	1,0	-6,0	-4,0	-0,5	4,5	3,0	2,5	0,0	1,0	1,5
Griechenland	-1,0	1,0	1,0	2,5	3,0	2,5	0,0	2,0	2,0	2,5	3,5	3,5	2,0	3,5	3,5
Portugal	7,0	5,0	3,5	2,0	3,0	2,0	19,0	10,0	7,0	11,0	7,0	6,0	22,0	11,0	8,5
Irland	0,0	0,5	1,0	-3,0	-4,5	-2,0	-0,6	-3,0	0,0	15,0	11,0	6,5	10,0	7,0	5,5
EG ¹⁾	3,5	3,1	2,3	2,2	2,0	1,6	4,0	3,9	2,9	3,5	3,8	3,6	7,2	5,3	4,5
EG ohne BRD ¹⁾	3,7	3,1	2,5	2,5	2,1	1,9	4,8	4,2	3,3	4,6	4,0	3,4	8,0	5,8	4,6
Schweiz	1,6	2,5	2,0	1,8	3,0	2,5	6,7	3,5	2,0	0,8	2,5	2,0	6,0	4,5	3,5
Schweden	4,1	2,5	1,5	0,7	1,5	1,5	7,5	3,5	2,5	4,8	3,0	2,0	6,9	5,0	3,5
Österreich	2,6	2,0	2,0	1,2	0,5	0,5	1,8	2,0	3,0	0,9	2,5	2,5	3,3	3,5	3,0
Finnland	5,4	3,0	2,5	3,7	3,0	3,0	5,1	3,0	2,0	2,0	3,5	2,5	8,6	5,5	4,0
Norwegen	-2,0	-2,0	-0,5	2,0	1,0	1,0	-5,0	8,0	0,5	4,5	-2,0	3,0	-5,0	1,0	0,5
Europäische Industrieländer ¹⁾	3,4	3,0	2,2	2,1	1,9	1,6	3,9	3,9	2,8	3,3	3,6	3,4	6,7	5,1	4,2
Europäische Industrieländer ohne BRD ¹⁾	3,5	2,9	2,4	2,3	2,1	1,8	4,6	4,2	3,0	4,2	3,6	3,1	7,2	5,4	4,3
USA	1,9	1,5	1,0	2,1	1,5	1,0	1,1	5,0	3,0	12,8	15,0	12,0	7,3	5,0	3,0
Kanada	4,5	3,5	3,0	2,4	2,0	1,5	9,7	9,0	7,0	5,6	4,5	4,5	9,0	9,0	7,0
Japan	3,9	3,5	3,0	-0,5	2,0	2,0	10,3	10,0	5,5	3,5	3,5	3,0	9,1	10,0	7,0
Außereurop. Industrieländer ¹⁾	2,6	2,2	1,7	1,6	1,6	1,2	5,3	7,2	4,2	8,6	9,5	7,8	7,9	6,7	4,4
Insgesamt ¹⁾	2,9	2,4	1,8	1,9	1,8	1,4	4,8	6,0	3,7	5,3	5,9	5,1	7,2	5,7	4,3
Insgesamt ohne BRD ¹⁾	2,9	2,4	1,9	1,9	1,8	1,4	5,1	6,3	3,9	6,2	6,3	5,3	7,6	6,0	4,4

¹⁾ Gewichte 1986 auf Dollarbasis.

Quellen: Nationalstatistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsraten gerundet.

amerikanischen Leistungsbilanzdefizits zu einem großen Teil selbst übernehmen. Die gegenwärtige Festigung des Dollarkurses deutet darauf hin, daß im Moment die Defizitfinanzierung durch Private keine Schwierigkeiten bereitet.

Die USA waren im letzten Jahr das einzige der sieben großen westlichen Industrieländer, in dem die privaten Haushalte einen geringeren Betrag ihres Einkommens sparten, als die Unternehmen zur Fremdfinanzierung ihrer Investitionen benötigten. Da überdies der Staatshaushalt im vergangenen Jahr mit einem Defizit ab-

schloß, das zwar deutlich vermindert werden konnte, aber immer noch hoch war, entstand eine Finanzierungslücke, die durch Aufnahme von Auslandskapital geschlossen wurde.

In der Bundesrepublik Deutschland und in Japan überstieg dagegen 1987 die Ersparnis der privaten Haushalte den Fremdfinanzierungsbedarf der Unternehmen und des Staates. Dies lag auch daran, daß die Unternehmen bei hohem Anteil der Investitionen am Bruttosozialprodukt und hohem Leistungsbilanzüberschuß ihre Investitionen in größerem Maße selbstfinanzierten.

Entwicklung des Bruttoeinkommens, des Stückgewinns und der Lohnstückkosten in den westlichen Industrieländern
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Länder	Bruttoeinkommen aus						Stückgewinn ¹⁾			Lohnstückkosten ²⁾			
	Unternehmertätigkeit und Vermögen			unselbständiger Arbeit									
	in Landeswährung												in SZR
	1987	1988	1989	1987	1988	1989	1987	1988	1989	1987	1988	1989	1987
Bundesrepublik Deutschland	4,0	5,5	3,0	3,8	3,5	3,0	2,2	3,0	1,5	2,0	1,0	2,0	11,8
Frankreich	10,4	7,0	5,5	3,5	3,5	3,5	8,1	5,0	3,5	1,3	1,5	2,0	5,9
Italien	7,5	10,5	8,0	8,8	6,5	6,5	4,3	8,0	5,5	5,5	4,0	4,5	10,1
Großbritannien	1,3	11,5	8,5	7,7	8,5	8,0	-2,3	7,5	6,5	3,9	5,0	6,0	5,3
Spanien	17,0	10,5	14,5	7,5	8,0	5,0	11,2	6,5	10,5	2,2	4,0	1,5	5,2
Niederlande	1,1	2,0	3,5	2,0	2,0	2,0	-1,3	0,5	2,0	-0,4	0,5	0,5	9,3
Belgien	4,5	4,0	2,5	3,5	4,0	4,0	2,7	2,0	1,0	1,7	2,0	2,5	10,4
Dänemark	5,4	8,5	5,5	4,0	3,5	4,0	6,5	8,5	5,0	5,1	3,5	3,5	12,8
Griechenland	14,8	17,5	16,0	13,0	12,0	11,0	15,4	15,5	14,5	13,6	10,5	9,5	6,5
Portugal	20,6	13,0	12,5	14,0	10,0	7,0	14,9	8,5	9,5	8,6	6,0	4,0	4,6
Irland	9,8	2,0	3,5	6,0	5,0	3,5	6,6	1,5	3,0	2,9	4,5	3,0	3,6
EG ³⁾	7,1	8,2	6,7	5,5	5,2	4,7	3,2	4,6	3,6	2,6	2,4	2,8	9,0
EG ohne BRD ³⁾	8,0	9,0	7,8	6,1	5,8	5,4	3,6	5,3	4,5	2,8	3,0	3,2	7,7
Schweiz	7,2	7,0	5,5	4,0	4,0	4,0	5,1	5,0	4,0	2,0	2,0	2,5	11,6
Schweden	12,8	12,0	9,0	6,5	7,0	6,5	9,7	9,0	7,5	3,6	4,5	5,0	5,6
Österreich	2,2	5,0	2,5	4,0	3,0	4,0	0,9	3,5	1,0	2,6	1,5	2,5	12,4
Finnland	8,6	11,5	10,0	8,0	7,0	6,0	4,8	8,5	8,0	4,2	4,0	4,0	9,0
Norwegen	4,5	0,0	0,0	9,5	6,0	6,0	2,9	0,0	-0,5	7,9	6,0	5,5	7,4
Europäische ³⁾ Industrieländer	7,1	8,1	6,6	5,5	5,2	4,8	3,5	4,7	3,7	2,7	2,5	3,0	9,0
Europäische Industriel. ohne BRD ³⁾	7,9	8,8	7,5	6,0	5,7	5,3	3,9	5,3	4,5	3,0	3,0	3,3	8,0
USA	7,7	8,0	8,0	5,7	6,0	6,0	4,7	5,5	6,0	2,7	3,5	4,0	-6,8
Kanada	13,8	10,5	7,0	6,7	8,0	8,0	9,6	6,0	4,0	2,8	4,0	5,0	-2,3
Japan	6,3	8,5	6,5	3,5	5,0	4,5	2,0	3,5	3,0	-0,7	0,5	1,0	5,0
Außereurop. ³⁾ Industrieländer	7,6	8,3	7,5	5,1	5,8	5,7	4,5	4,8	4,4	1,3	2,4	3,0	-1,2
Insgesamt ³⁾	7,4	8,2	7,1	5,3	5,6	5,4	3,8	4,7	4,0	2,2	2,5	3,0	5,3
Insgesamt ohne BRD ³⁾	7,7	8,5	7,5	5,4	5,8	5,6	4,2	5,1	4,4	2,3	2,8	3,2	4,0

¹⁾ Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen je Einheit des realen Bruttosozialprodukts. —
²⁾ Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttosozialprodukts. — ³⁾ Gewichtet mit 1986er Anteilen.
Für 1) und 2): Gewichtet nach Exportanteilen, wie sie — mit Ausnahme der USA — der Berechnung des SZR zugrunde liegen.
Quellen: SAEG, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Nationalstatistiken und Schätzungen des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsraten gerundet.

Beide Länder verfügten somit über anlagensuchendes Kapital, das nicht im Inland, wohl aber in anderen Ländern und hier vor allem in den USA auf Nachfrage stieß. In beiden Überschußländern herrschte also kein Kapitalmangel, der die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze verhindert hätte. Wäre in diesen Ländern mehr investiert worden und wäre das Wachstumsgefälle (gemessen an der Entwicklung der Inlandsnachfrage) zwischen ihnen und den USA größer gewesen, so wären die Leistungs-

bilanzsalden geringer ausgefallen, und in die USA, in denen sich die Finanzierungslücke verringert hätte, wäre weniger Kapital geströmt. Gegenwärtig fließt beim herrschenden Dollarkurs in ausreichendem Maße privates Kapital in die USA zur Finanzierung ihres Leistungsbilanzdefizits, weil offensichtlich die Erwartungen nicht auf einen erneuten stärkeren Dollarkursrückgang gerichtet sind und weil das Zinsniveau in den USA höher ist als in den übrigen Ländern.

Sparen und Investieren in ausgewählten Ländern
in vH des Bruttosozialprodukts

	1986	1987	1988 ¹⁾	1989 ¹⁾		1986	1987	1988 ¹⁾	1989 ¹⁾
Bundesrepublik Deutschland					USA				
Bruttoinvestitionen ²⁾ der Unternehmen	16,8	17,3	17,5	17,5	Bruttoinvestitionen ²⁾ der Unternehmen	15,8	16,0	15,7	15,2
Selbstfinanzierung (Sparen der Unternehmen)	14,5	15,0	15,7	15,0	Selbstfinanzierung (Sparen der Unternehmen)	12,9	12,1	11,4	11,0
Abschreibungen	12,3	12,3	12,4	12,6	Abschreibungen	10,8	10,7	10,7	10,7
Nicht-ausgeschüttete Gewinne	2,1	2,6	3,3	2,5	Nicht-ausgeschüttete Gewinne	2,1	1,5	0,7	0,3
Fremdfinanzierung (Sparen der Nicht-Unternehmen)	2,4	2,3	1,8	2,5	Fremdfinanzierung (Sparen der Nicht-Unternehmen)	2,9	3,8	4,2	4,2
Sparen der privaten Haushalte	7,6	7,8	7,6	7,2	Sparen der privaten Haushalte	3,1	2,7	3,4	3,5
Sparen des Staates ³⁾	-1,2	-1,7	-2,1	-1,3	Sparen des Staates ³⁾	-3,5	-2,4	-2,3	-1,9
Sparen des Auslands ⁴⁾	-4,0	-3,8	-3,7	-3,4	Sparen des Auslands ⁴⁾	3,3	3,6	3,1	2,6
Frankreich					Kanada				
Bruttoinvestitionen ²⁾ der Unternehmen	16,2	16,8	17,4	17,3	Bruttoinvestitionen ²⁾ der Unternehmen	18,2	18,9	20,2	21,0
Selbstfinanzierung (Sparen der Unternehmen)	9,9	9,7	11,0	11,5	Selbstfinanzierung (Sparen der Unternehmen)	14,3	15,7	15,4	15,2
Abschreibungen	12,0	12,0	12,0	12,0	Abschreibungen	11,3	11,1	11,1	11,1
Nicht-ausgeschüttete Gewinne	-2,1	-2,3	-1,0	-0,5	Nicht-ausgeschüttete Gewinne	3,0	4,6	4,3	4,1
Fremdfinanzierung (Sparen der Nicht-Unternehmen)	6,3	7,1	6,3	5,8	Fremdfinanzierung (Sparen der Nicht-Unternehmen)	4,0	3,2	4,8	5,7
Sparen der privaten Haushalte	9,6	8,9	8,3	8,0	Sparen der privaten Haushalte	7,6	6,0	6,1	6,3
Sparen des Staates ³⁾	-2,9	-2,3	-2,5	-2,8	Sparen des Staates ³⁾	-5,5	-4,6	-3,3	-3,0
Sparen des Auslands ⁴⁾	-0,4	0,5	0,5	0,6	Sparen des Auslands ⁴⁾	1,8	1,7	2,0	2,5
Großbritannien					Japan				
Bruttoinvestitionen ²⁾ der Unternehmen	15,1	15,5	16,4	16,6	Bruttoinvestitionen ²⁾ der Unternehmen	21,3	22,1	23,3	24,1
Selbstfinanzierung (Sparen der Unternehmen)	12,9	12,8	12,5	12,2	Selbstfinanzierung (Sparen der Unternehmen)	15,2	14,4	15,1	15,9
Abschreibungen	12,2	12,2	12,2	12,2	Abschreibungen	13,6	13,7	13,7	13,7
Nicht-ausgeschüttete Gewinne	0,7	0,6	0,3	0,0	Nicht-ausgeschüttete Gewinne	1,6	0,7	1,4	2,2
Fremdfinanzierung (Sparen der Nicht-Unternehmen)	2,2	2,7	3,9	4,4	Fremdfinanzierung (Sparen der Nicht-Unternehmen)	6,1	7,7	8,2	8,2
Sparen der privaten Haushalte	5,0	3,7	3,2	3,4	Sparen der privaten Haushalte	11,5	11,6	11,4	11,0
Sparen des Staates ³⁾	-2,7	-1,4	-0,7	-0,8	Sparen des Staates ³⁾	-1,1	-0,2	-0,3	-0,2
Sparen des Auslands ⁴⁾	0,0	0,4	1,4	1,8	Sparen des Auslands ⁴⁾	-4,4	-3,6	-2,9	-2,5
Italien									
Bruttoinvestitionen ²⁾ der Unternehmen	16,2	16,0	16,6	16,4					
Selbstfinanzierung (Sparen der Unternehmen)	8,7	7,7	8,8	8,3					
Abschreibungen	8,5	8,5	8,5	8,5					
Nicht-ausgeschüttete Gewinne	0,2	-0,8	0,3	-0,2					
Fremdfinanzierung (Sparen der Nicht-Unternehmen)	7,4	8,2	7,9	8,2					
Sparen der privaten Haushalte	19,5	18,7	18,0	17,9					
Sparen des Staates ³⁾	-11,6	-10,6	-10,2	-9,8					
Sparen des Auslands ⁴⁾	-0,5	0,1	0,1	0,1					

1) Geschätzt. — 2) Einschließlich Lagerinvestitionen. — 3) Haushaltsdefizit des Staates (-). — 4) Überschuß der Leistungsbilanz (-).

Quellen: Nationalstatistiken; OECD, Economic Outlook; Schätzungen des DIW.

Dies könnte sich aber ändern, wenn die Anleger das Zutrauen wieder verlieren, daß das Leistungsbilanzdefizit wie in den letzten Monaten weiter abgebaut wird. Der vielfach schon nach dem Börsenkrach erwartete konjunkturelle Abschwungsprozeß könnte dann doch noch einsetzen.

Er würde verstärkt werden, wenn sich die Regierung der *USA* — zumindest nach der Präsidentenwahl — der immer wieder vertretenen Auffassung anschlosse, daß nur durch eine restriktivere Geld- und Finanzpolitik ihre Defizitprobleme zu lösen und eine stärkere Inflationsbeschleunigung zu verhindern seien. Eine rezessive Entwicklung in den *USA* würde dann auch auf die anderen Länder ausstrahlen, die sich den von der *US*-Konjunktur und einem weiter sinkenden Dollarkurs ausgehenden Einflüssen kaum durch eine entsprechend expansive Wirtschaftspolitik entziehen könnten.

Es ist jedoch unwahrscheinlich, daß die *USA* einen solch restriktiven wirtschaftspolitischen Kurs einschlagen werden. Die Regierung setzt hier nach wie vor auf einen allmählichen Abbau sowohl des Leistungsbilanz- als auch des Staatsdefizits. Das ginge einher mit einer schwächeren Zunahme der Inlandsnachfrage, nicht aber mit einer Rezession. Von der sich fortsetzenden kräftigen Exportsteigerung gehen auf die Investitionen anregende Wirkungen aus. Die Gefahr einer kräftigen Inflationsbeschleunigung besteht zudem solange nicht, wie sich die Lohnsatzsteigerungen in den *USA* nicht erheblich verstärken. Das zeichnet sich aber bisher noch nicht ab. Problemen, die sich dadurch ergeben würden, daß die Währungsspekulation wegen der nur langsamen Verringerung der Defizite erneut Unruhe an den Devisenmärkten auslöste, würde der Federal Reserve Board wohl kaum durch eine ausgesprochene Hochzinspolitik begegnen, sondern er würde wahrscheinlich eher ein weiteres Fallen des Dollarkurses in Kauf nehmen. Unter diesen Umständen ist damit zu rechnen, daß sich zwar die Zunahme der Inlandsnachfrage, nicht aber die Expansion des Sozialprodukts im Laufe dieses Jahres und im nächsten Jahr stärker verlangsamt.

Für die Prognose der Wirtschaftsentwicklung in *Westeuropa* wird zwar kein erneuter Dollarkursverfall unterstellt. In diesem Punkt besteht jedoch große Unsicherheit. Auch in *Westeuropa* verlief die wirtschaftliche Entwicklung besser, als nach der Börsen- und Währungskrise im letzten Herbst erwartet worden war, obwohl es nur vereinzelt zu zusätzlichen anregenden Maßnahmen kam. Allerdings hat die Geldpolitik in allen wichtigen Ländern rasch reagiert und das Entstehen einer Liquiditätskrise verhindert. Die günstigere Entwicklung ist vor allem darauf zurückzuführen, daß sich die privaten Haushalte in ihrem Konsumverhalten von der Börsenkrise nur wenig beeindruckt zeigten. Infolge günstiger Absatzerwartungen hat sich auch die Investitionsneigung wieder verbessert. Darüber hinaus gingen vom innereuropäischen Handel anregende Wirkungen aus. Im Jahresdurchschnitt 1988 wird

sich das Wirtschaftswachstum der westeuropäischen Länder daher gegenüber dem Vorjahr nur wenig abschwächen. Damit könnte es — bei einer leichten Zunahme der Beschäftigung — gelingen, wenigstens einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit in diesem Jahr zu verhindern.

Risikoreich ist in mehreren Ländern die außenwirtschaftliche Situation. In der Bundesrepublik Deutschland werden sich die Überschüsse der Leistungsbilanz nicht verringern, obwohl die realen Exporte in die *USA* zurückgehen und die Importe steigen. In den anderen großen Ländern werden sich die Defizite dagegen erhöhen. So trägt gerade das westeuropäische Industrieland mit den höchsten Leistungsbilanzüberschüssen und Devisenreserven nicht im erforderlichen Umfang zum Abbau der internationalen Probleme bei. Auch im Hinblick auf eine ausgeglichene Expansion in *Westeuropa* wäre ein Abbau der Leistungsbilanzdefizite erwünscht, die in wichtigen westeuropäischen Ländern gegenüber der Bundesrepublik Deutschland bestehen.

In *Frankreich* war nach den Turbulenzen an den Finanzmärkten in den letzten Monaten des vergangenen Jahres mit einer spürbaren Beeinträchtigung des Konsums und der Ausfuhr gerechnet worden. Tatsächlich hat sich die Verbrauchsneigung jedoch sogar erhöht. Bei einer günstigen Entwicklung der verfügbaren Realeinkommen und einem Rückgang der Sparneigung wurden die Verbrauchsausgaben merklich gesteigert. Ebenso stiegen die Exporte wieder schneller. Umfrageergebnisse deuten darauf hin, daß sich in den letzten Monaten auch die Investitionsneigung spürbar verbessert hat.

Insgesamt expandiert die Inlandsnachfrage schneller als die Auslandsnachfrage, und das Leistungsbilanzdefizit erhöht sich weiter. Der nur sehr geringe Lohnstückkostenanstieg in den letzten Jahren hat die Wettbewerbsfähigkeit Frankreichs gegenüber vielen Ländern verbessert, jedoch kann er nicht die Nachteile kompensieren, die sich gegenüber der Bundesrepublik Deutschland aus anderen, nicht vom Preis abhängigen Wettbewerbskomponenten und gegenüber den *USA* aus der kräftigen Dollarabwertung ergeben.

Weder von der Finanzpolitik noch von der Geldpolitik sind 1988/89 Wachstumsimpulse zu erwarten. Die Geldpolitik bleibt weiterhin an der Stabilisierung des Franc orientiert. Wird dies fortgesetzt, so dürfte sich das Wirtschaftswachstum im Laufe dieses Jahres — zumal bei allmählich verlangsamter Welthandelsexpansion — etwas abschwächen. Die Zunahme des realen Bruttosozialprodukts dürfte daher in diesem Jahr noch reichlich 2 vH, 1989 jedoch nur noch 1,5 vH betragen.

Auch für *Italien* ergibt sich nach den jüngeren Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ein freundlicheres konjunkturelles Bild. Der rasche Anstieg der verfügbaren Realeinkommen nach dem Abschluß der großen Lohnrunde im Vorjahr hat die Beeinträchtigung des pri-

vaten Konsums durch die Finanzkrise offenbar überspielt. Auch die Investitionsneigung hat sich seit Jahresende wieder stabilisiert.

In diesem Jahr werden die Lohnerhöhungen und bei einem etwa gleichbleibenden Verbraucherpreisanstieg auch der Kaufkraftzuwachs der Reallöhne geringer ausfallen. Der Anstieg des privaten Verbrauchs, aber auch der Importe wird sich trotz einer weiteren leichten Verringerung der Sparquote der privaten Haushalte abschwächen. Dennoch wird das Leistungsbilanzdefizit wohl etwas höher als im Vorjahr sein, da die Exporte deutlich schwächer expandieren werden. Mit einem Preisanstieg, der noch immer über dem der wichtigsten Handelspartner liegt, und mit der Dollarabwertung ist die Wettbewerbsfähigkeit insgesamt gefährdet, auch wenn diese Faktoren bisher durch die große Flexibilität der Exportwirtschaft ausgeglichen werden konnten.

So ist auch der Spielraum der Wirtschaftspolitik begrenzt, zumal die öffentlichen Defizite allmählich verringert werden sollen. Sowohl die Finanzpolitik als auch die Geldpolitik werden sich daher weitgehend darauf beschränken, die Risiken für die laufende konjunkturelle Entwicklung zu mindern. Dabei wird es zu einer allmählichen Abschwächung des Wirtschaftswachstums kommen.

In *Großbritannien* zeigt die Entwicklung der Inlandsnachfrage eine Kraft, wie sie zu Beginn des Jahres nicht vorausgesehen wurde. Der private Verbrauch expandiert mit fast unvermindert hohem Tempo, und dies strahlt auf die Entwicklung der Investitionen aus, deren Zunahme sich beschleunigt. Gleichzeitig steigen die Importe von Gütern und Diensten erheblich, und dies stützt den Export anderer Länder. Retardierend wirkt vor allem die Abschwächung der Exportsteigerung als Folge der jüngsten Verschlechterung der britischen Wettbewerbsfähigkeit. Das rasche Wirtschaftswachstum hat in Großbritannien — ähnlich wie vor Jahren in den USA — nicht zu einer Währungsabwertung, sondern zu einer Aufwertung geführt. Dies trägt zu der beträchtlichen Erhöhung des Leistungsbilanzdefizits bei, dämpft aber gleichzeitig den Prozeß der Inflationsbeschleunigung, der mit der kräftigen Expansion einhergeht. Großbritannien gerät nun genauso wie vordem die USA in außenwirtschaftliche Schwierigkeiten. Dadurch wird es schließlich gezwungen, sich der langsameren Expansion der anderen westeuropäischen Länder anzupassen. Anders als in diesem Jahr dürfte das Wirtschaftswachstum im nächsten Jahr kaum sehr viel stärker als in Westeuropa insgesamt sein. Das britische Beispiel zeigt somit erneut deutlich, daß eine grundlegende Verbesserung der weltwirtschaftlichen Entwicklung nur durch eine international koordinierte Wirtschaftspolitik zu erreichen ist.

Auch in den *kleineren westeuropäischen Ländern* verlief die konjunkturelle Entwicklung günstiger als zunächst erwartet. Dabei nahm die Inlandsnachfrage zumeist kräftiger zu als das Bruttosozialprodukt, und die Importe aus

den außereuropäischen Ländern stiegen zumeist stärker als die Exporte dorthin, so daß auch die kleineren Volkswirtschaften dazu beitrugen, daß sich das Defizit der zusammengefaßten realen Leistungsbilanz Westeuropas vergrößert. Vor allem in Ländern wie Spanien und Portugal, wo die Inlandsnachfrage weiterhin stark expandiert, werden die außenwirtschaftlichen Probleme sich verschärfen und den wachstumspolitischen Spielraum allmählich verringern. In anderen Ländern, so in den Niederlanden und in Irland, wo die Inlandsnachfrage stagniert oder sogar rückläufig ist, werden die Exporte 1988 allerdings noch einmal stärker steigen als die Importe. Ebenso wie in den größeren Ländern wird der Nachfrageanstieg bei den privaten Haushalten und den Unternehmen im kommenden Jahr geringer sein.

In *Japan* hält die lebhafte Binnenkonjunktur, angeregt durch finanz- und geldpolitische Impulse, weiter an. Dies begünstigt auch die Importe. Der reale Außenbeitrag wird deutlich geringer ausfallen als im Vorjahr: In diesem Jahr wird er nur noch gut ein Viertel des im Jahr 1985 erreichten Maximums betragen, im nächsten Jahr wird er weiter spürbar abnehmen. Auf Dollarbasis erzielt die japanische Wirtschaft freilich nach wie vor erhebliche nominale Leistungsbilanzüberschüsse. Sie dürften im laufenden Jahr und auch 1989 nur wenig abgebaut werden. Japan trägt infolgedessen weiter dazu bei, daß die weltwirtschaftliche Situation labil bleibt. Die kräftige Steigerung von Entwicklungshilfeleistungen, wie es die japanische Regierung angekündigt hat, könnte zur Verringerung des Leistungsbilanzdefizits beitragen.

Die japanische Geldpolitik wird weiterhin auf das Ziel ausgerichtet sein, den Kurs des Dollars gegenüber dem Yen zu stabilisieren. Es ist daher nicht anzunehmen, daß es auf absehbare Zeit zu einer restriktiveren Geldpolitik und einem merklichen Zinsanstieg kommt. Damit ist genügend Spielraum für ein weiter kräftiges Wachstum gegeben. Die Preise dürften nach der Stabilität im Vorjahr nun aber wieder etwas steigen.

Stärker als in den anderen großen Industrieländern wird sich in Japan wiederum die Inlandsnachfrage ausdehnen. Die finanzpolitischen Impulse, die sich vor allem in einer raschen Zunahme des Wohnungsbaus und der öffentlichen Investitionen ausgewirkt hatten, klingen zwar aus. Bei dem erreichten höheren Aktivitätsniveau machen sich aber Kapazitätsengpässe bemerkbar, die zu einer Belebung der Investitionen auf breiterer Front führen. Auch die Auftragseingänge der letzten Monate in der Investitionsgüterindustrie sprechen für diese Vermutung. Der private Verbrauch wird weiter stetig expandieren. Hierzu trägt — bei mäßig steigenden Verbraucherpreisen — eine günstige Einkommens- und Beschäftigtenentwicklung bei.

Das Wachstum des Sozialproduktes wird sich infolgedessen bis in das Jahr 1989 hinein in nahezu gleichem Tempo fortsetzen. Die Verringerung der jahresdurchschnittlichen Expansionsrate im Jahre 1989 signalisiert

keine Wachstumsabschwächung, sondern ist darauf zurückzuführen, daß der Überhang zum Jahresende diesmal geringer ausfällt als ein Jahr zuvor.

Der *Welthandel* wird auch 1988 kräftig expandieren. Hinzu kommt ein hoher Überhang aus der Vorjahresentwicklung. Die Arbeitsteilung in Europa schreitet weiter voran, auch im Hinblick auf die Vollendung des europäischen Binnenmarktes, und gibt damit Impulse für den

innereuropäischen Handel. Die Importe Japans ebenso wie die Exporte der USA weiten sich weiterhin, auch wechselkursbedingt, zügig aus. Besonders rasch nimmt der Handel mit einer Reihe asiatischer Schwellenländer zu. Mit der allmählichen Abschwächung des Wirtschaftswachstums wird sich allerdings auch die Expansion des Welthandels verlangsamen. Das Welthandelsvolumen dürfte sich in diesem Jahr um etwa 5 1/2 vH und im nächsten Jahr um etwa 4 1/2 vH ausdehnen.

Bundesrepublik Deutschland: Export stärkt Wachstum erneut

Die positive wirtschaftliche Entwicklung in den westlichen Industrieländern seit Herbst vergangenen Jahres hat auch in der Bundesrepublik den Befürchtungen, die konjunkturelle Entwicklung werde sich nach den Turbulenzen an den Finanz- und Devisenmärkten stark verschlechtern, den Boden entzogen. Die Auffangaktionen der Notenbanken, sowohl durch die Bereitstellung zusätzlicher Liquidität zur Rückführung der Zinsniveaus als auch durch die Stützungsaktionen zugunsten des US-Dollars, haben offensichtlich die Erwartungen stabilisiert und damit die Ausgabebereitschaft von Konsumenten und Investoren gefördert. Bei der im Laufe dieses Jahres sogar wieder verbesserten internationalen Wettbewerbsposition wird die Bundesrepublik stärker als zu Jahresanfang vorhergesehen an der weltweit günstigeren Konjunktur partizipieren. Vor allem deshalb, aber auch begünstigt von dem witterungsbedingten Sondereinfluß im Baubereich, wird das reale Bruttosozialprodukt im Jahr 1988 mit einem Zuwachs von 2 1/2 vH das Ergebnis vom Vorjahr übertreffen.

Doch diese verbesserte Entwicklung darf nicht den Blick auf die Tatsache verstellen, daß damit die wirtschaftlichen Probleme der Bundesrepublik keineswegs kleiner geworden sind. Das DIW schrieb im Januar dieses Jahres: „Fatal an der Konstellation der Prognose für 1988 ist vor allem, daß eine bessere konjunkturelle Entwicklung in der Bundesrepublik aller Voraussicht nach wiederum nur von einer höheren Exportnachfrage kommen kann. Wenn sich jedoch der Export als robuster erweist als erwartet, dann wird das Problem der hohen Leistungsbilanzüberschüsse noch verschärft, und die Kompatibilität der hier gemachten Annahme über den Dollarkurs und der daraus abgeleiteten Prognose wird noch stärker in Frage gestellt.“¹

Genau so ist es gekommen. Die Exportprognose ist anhand der meisten jetzt vorliegenden Daten deutlich nach oben zu revidieren. Sie war zu Jahresanfang pessimistisch ausgefallen, weil sie von dem Versuch geprägt war, sie mit der Annahme eines konstanten realen Wechselkurses (die Prognostiker angesichts der Unmöglichkeit einer Wechselkursvorhersage wählen) in Übereinstimmung zu bringen. Mit dem nunmehr eher steigenden Überschuß im Außenhandel ist diese Annahme eines konstanten realen Wechselkurses noch weit weniger kompatibel geworden, als sie es mit der pessimistischen Exportprognose gewesen war.

Diese Konstellation wird wohl auch im kommenden Jahr Bestand haben. Eine verlässliche Prognose ist unter solchen Rahmenbedingungen kaum möglich. Vielmehr geht es darum, im Rahmen einer generell plausiblen Entwicklung Problembereiche abzustecken und die daraus sich ergebenden wirtschaftspolitischen Herausforderungen deutlich werden zu lassen. Ausgeschlossen ist auch in diesem Jahr noch keineswegs, daß die großen Risiken der weltwirtschaftlichen Entwicklung erneut zu kurzfristigen und heftigen Destabilisierungen der Erwartungen auf den Finanz- und Devisenmärkten führen werden. Bei der Gesamtkonstellation darf nicht übersehen werden, daß den jüngsten Verbesserungen der amerikanischen Außenhandelsituation, die die Devisenmärkte stark beeindruckten, höhere Defizite von Drittländern gegenüberstehen, denn die extrem hohen Überschüsse der Bundesrepublik und Japans werden aller Voraussicht nach weder in diesem noch im nächsten Jahr nennenswert vermindert.

¹ Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung. Bearb.: Arbeitskreis Konjunktur im DIW. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 1–2/1988, S. 22.

Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	Absolute Werte			Veränderung in vH geg. Vorjahr		
	1987	1988	1989	1987	1988	1989
Bruttosozialprodukt, real (Mrd. DM)	1 645,6	1 687,5	1 711,0	1,7	2,5	1,5
Beschäftigte Arbeitnehmer (1 000 Personen)	22 611	22 735	22 830	0,8	0,5	0,5
Arbeitslose (1 000 Personen)	2 229	2 260	2 290	.	.	.
Arbeitslosenquote ¹⁾ (vH)	9,0	9,0	9,1	.	.	.
Verbraucherpreise ²⁾	.	.	.	0,6	1,0	2,5
Leistungsbilanzsaldo ³⁾ (Mrd.DM)	80,5	82,0	79,0	.	.	.
Finanzierungssaldo Staat (Mrd.DM)	- 34,2	- 45,0	- 28,0	.	.	.

¹⁾ Bezogen auf alle Arbeitnehmer (Beschäftigte und Arbeitslose). — ²⁾ Preisindex des privaten Verbrauchs. — ³⁾ Zahlungsbilanzstatistik.

Quellen: 1987 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank und eigene Berechnungen; 1988 und 1989 Prognose des DIW. Prognostizierte Werte gerundet.

Eine Außenhandelsprognose für die Bundesrepublik wird zudem ungewöhnlich erschwert durch die Umstellung in der statistischen Erfassung des Außenhandels zu Beginn dieses Jahres. Für den Jahresbeginn wurde ein scharfer Einbruch insbesondere beim Export ausgewiesen. Diese Entwicklung paßt weder vom Verlauf noch vom Niveau her zu den Auftragseingängen aus dem Ausland und zu den Auslandsumsätzen deutscher Unternehmen. Bei der Einfuhr zeigt sich dagegen trotz geänderter statistischer Erfassung ein wesentlich plausibleres Bild. Nicht auszuschließen ist daher, daß die Erfassung der Exporte zu Jahresanfang unvollständig war und dies auch bleiben wird.

Man ist folglich bei der Prognose der Ausfuhr weitgehend auf Informationen über die voraussichtliche Expansion des Welthandels und die Entwicklung der deutschen Wettbewerbsposition angewiesen. Der Welthandel dürfte 1988, wie oben dargelegt, um etwa 5 1/2 vH steigen. Dabei wird die Expansion der deutschen Exportmärkte wohl noch etwas stärker sein. Da sich in diesem Jahr die Wettbewerbsposition der deutschen Anbieter zwar wieder verbessert, aber wegen der Dollarabwertung in den vergangenen Jahren immer noch beeinträchtigt ist, wird es allerdings nicht gelingen, die Marktanteile zu halten. Die Ausfuhr wird real nur um etwa 3 1/2 vH zunehmen. Bei einer Einfuhr, die nicht sehr viel stärker expandiert, bleibt der reale Außenbeitrag nahezu unverändert hoch (46 Mrd. DM); auch der Leistungsbilanzüberschuß dürfte mit 82 Mrd. DM nicht abnehmen.

Die Konjunktur im Inland wird weiterhin vor allem vom privaten Konsum getragen; hier kann ein Anstieg um 3 vH erwartet werden. Die Verbraucher profitieren in diesem Jahr noch einmal von Steuersenkungen und der niedrigen Preissteigerungsrate (reichlich 1 vH). Von der Investitionstätigkeit gehen dagegen nur geringe Impulse aus. Die bessere Exportentwicklung und die niedrigeren Zinsen werden allerdings eine Zunahme der Ausrüstungs-

investitionen von etwa 3 1/2 vH bewirken. Deutlich verbessert hat sich jedoch die Situation der Bauwirtschaft. Sowohl im Wohnungs- als auch im Wirtschaftsbau scheint vorerst die Talsohle durchschritten zu sein². Die gesamten Bauinvestitionen tragen mit einem Zuwachs von 2 vH, das ist ein Betrag von gut 4 Mrd. DM, erstmals wieder zur Steigerung der Inlandsnachfrage bei.

**Entwicklung der Bauinvestitionen
zu Preisen von 1980**

	1987	1988	1989
in Mrd. DM			
Wohnbauten	86,7	89,0	91,0
Wirtschaftsbauten	65,9	68,0	69,0
Staat	36,7	36,5	36,0
Insgesamt	189,3	193,5	196,0
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr			
Wohnbauten	- 0,9	2,5	2,5
Wirtschaftsbauten	1,5	3,5	1,0
Staat	0,2	- 1,0	- 0,5
Insgesamt	0,1	2,0	1,5
<i>Quellen:</i> 1987 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes; 1988 und 1989 Prognose des DIW. Prognostizierte Werte gerundet.			

Von der staatlichen Aktivität gehen zwar 1988 Impulse auf die Binnenwirtschaft aus, diese sind aber nicht deckungsgleich mit dem Anstieg des gesamtstaatlichen Finanzierungsdefizits um fast 12 Mrd. DM auf 45 Mrd.

² Vgl. Bauwirtschaft: Nachfrageanstieg setzt sich fort. Bearb.: Jochen A. Hübener. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 23/1988, S. 305 ff.

DM. Läßt man die Sonderfaktoren — sehr niedriger Bundesbankgewinn und Finanzbedarf der EG — außer acht, weil von dem hierdurch bewirkten Anstieg des Defizits die Inlandsnachfrage nicht begünstigt wird, so errechnet sich nach dem Impulskonzept des DIW für 1988 ein Nachfrageimpuls von etwa 8 Mrd. DM. Davon entfallen auf die Gebietskörperschaften 6 Mrd. DM und auf die Sozialversicherungen 2 Mrd. DM³.

Auch mit der günstigeren konjunkturellen Situation in diesem Jahr verbessert sich die Lage am Arbeitsmarkt kaum. Die Zahl der Arbeitslosen bleibt mit 2 1/4 Millionen (9 vH aller Arbeitnehmer) unverändert hoch. Da die Zahl der neu auf den Arbeitsmarkt drängenden Personen weiterhin kräftig steigt, reicht der Anstieg der Beschäftigung (+120 000) nicht aus, Entlastung zu bringen.

Ausblick auf die Entwicklung 1989

Wie stets, wenn der Versuch gemacht wird, eine Konjunkturprognose der wirtschaftlichen Entwicklung für einen so weit in die Zukunft reichenden Zeitraum zu geben, müssen die damit verbundenen hohen Risiken hervorgehoben werden. Diesmal liegen die Prognoserisiken jedoch nicht nur bei den in den letzten Jahren größer gewordenen Schwierigkeiten, die weltwirtschaftliche Entwicklung und die des Wechselkurses der D-Mark zutreffend vorzugeben; hinzu kommen Probleme statistischer Art: Die schwer interpretierbaren Verläufe von Einfuhr und Ausfuhr zu Beginn dieses Jahres wirken auf die für das kommende Jahr zu prognostizierenden Daten nach. Diese Unsicherheiten der statistischen Ausgangsbasis erfassen auch andere Bereiche der Verwendungsseite des Sozialprodukts, vor allem Ausrüstungsinvestitionen und Lagerbildung. Die in der Tabelle angegebenen jahresdurchschnittlichen Veränderungsdaten 1989 können deshalb größere als die üblichen „Fehlermargen“ haben.

Das Jahr 1989 wird im Zeichen des erneuten Kurswechsels der Finanzpolitik stehen. Statt, wie im laufenden Jahr, die gesamtwirtschaftliche Nachfrage anzuregen, werden von der Finanzpolitik im kommenden Jahr dämpfende Einflüsse ausgehen. In der vorliegenden Prognose sind auf der Einnahmenseite des Staates diejenigen Maßnahmen berücksichtigt worden, die in den letzten Wochen von der Regierung beschlossen worden sind oder bald beschlossen werden dürften. Es handelt sich um die Erhöhung von indirekten Steuern, insbesondere der Mineralölsteuer, um insgesamt 6 Mrd. DM, die Einführung der Quellensteuer auf Zinseinkommen mit einem Satz von 10 vH (+3 Mrd. DM) sowie um die Erhöhung des Beitragsatzes zur Arbeitslosenversicherung um 0,5 vH. Finanzpolitisch von Bedeutung ist jedoch auch das Wiedereinsetzen der Progression, insbesondere bei der Lohnsteuer, die im laufenden Jahr wegen der Steuersenkungen ausgesetzt war. Nach dem Impulskonzept des DIW⁴ errechnen sich für das kommende Jahr restriktive Einflüsse von rund 15 Mrd. DM.

Dabei wurde mit einem deutlich abgeschwächten Ausgabenanstieg (3 vH) gerechnet. Die geplante Gesundheitsreform wird auch zu Einsparungen auf der Ausgabenseite führen; der Anstieg der Sachkäufe im Bereich der Krankenversicherungen wird sich merklich abflachen. Auch die Personalausgaben und die laufenden Sachaufwendungen der Gebietskörperschaften werden nur schwach zunehmen — die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst schlagen 1989 mit 1,8 vH zu Buche —, so daß sich für den Staatsverbrauch eine Rate von reichlich 2 vH (real knapp 1 vH) errechnet. Die laufenden Übertragungen werden mit knapp 4 vH ebenfalls schwächer als in den Vorjahren expandieren. Für die öffentlichen Investitionsausgaben wurde ein Anstieg um 1 vH unterstellt. Diese Schätzung liegt am oberen Rand der Bandbreite, denn 1990 drohen wieder sehr viel höhere Defizite, und es ist zu befürchten, daß die finanzpolitischen Entscheidungsträger dieser Entwicklung mit einer weiteren Drosselung ihrer Investitionsausgaben begegnen werden.

Ob die Geldpolitik mit der Beibehaltung der derzeit noch niedrigen Zinsen am Kapitalmarkt den restriktiven Einfluß der Finanzpolitik zumindest zum Teil abfedern kann, ist schwer vorherzusehen. Die Zinsen im Inland stehen — in Abhängigkeit von den Wechselkurerwartungen der Marktteilnehmer — in einem mehr oder weniger engen Zusammenhang mit den Zinsen im Ausland, insbesondere den USA. In den letzten Wochen hat sich der Dollar gegenüber der D-Mark wieder aufgewertet. Setzte sich diese Entwicklung, möglicherweise vorangetrieben von steigenden Zinsen in den USA, fort, so würde dies, unterstützt auch von einer vorsichtigeren Geldpolitik, auf den Kapitalmarktzins im Inland übergreifen und die Perspektiven für Verbrauchs- und Investitionsneigung zusätzlich einrüben. Hier ist mit einer derart ungünstigen Konstellation nicht gerechnet worden; vielmehr wurde angenommen, daß sich der reale Außenwert der D-Mark auch im kommenden Jahr nicht wesentlich verändern wird. Dies schließt die Annahme eines Zurückpendelns des Dollarkurses auf unter 1,70 DM ein, wobei die Bundesbank prinzipiell an der Politik niedriger Zinsen festhielte. Dies ist um so eher möglich, als weder von der Entwicklung der Lohnkosten noch der der Gesamtnachfrage inflationäre Impulse zu erwarten sind.

Die weltwirtschaftliche Entwicklung wird, wie oben im einzelnen dargelegt, 1989 insgesamt nicht viel ungünstiger sein als in diesem Jahr. Dies wird sich auch in einer relativ günstigen Ausfuhrentwicklung zeigen.

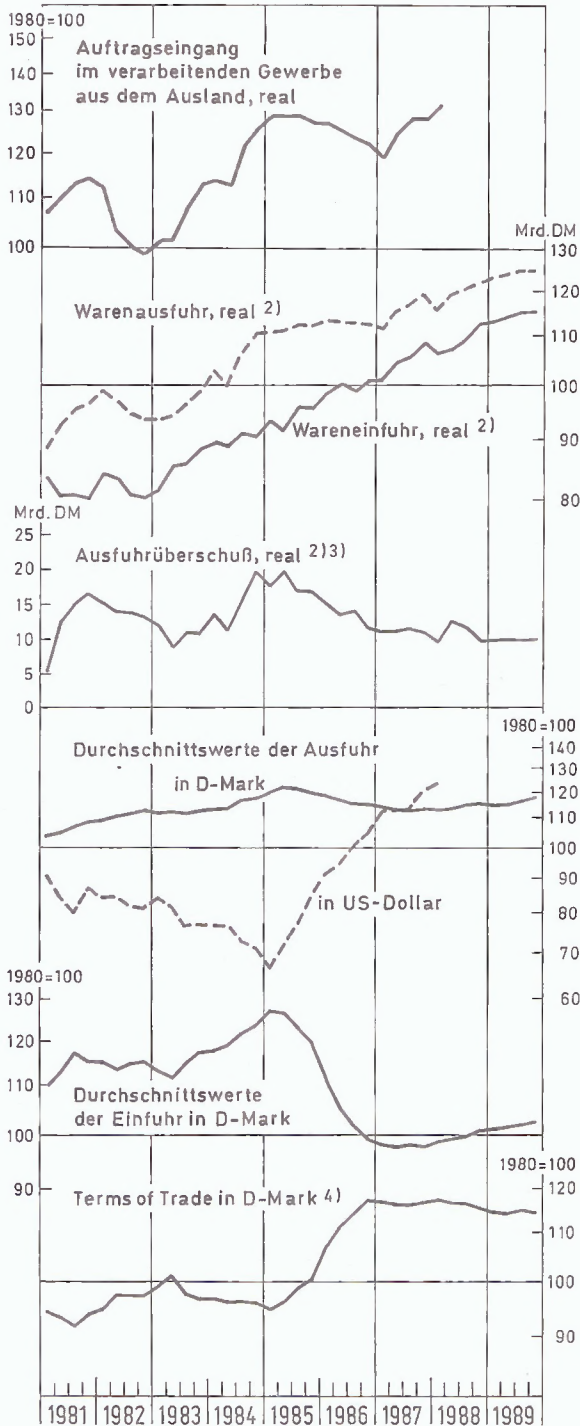
Die Warenausfuhr wird auch im kommenden Jahr nicht unerheblich zunehmen. Blickt man auf die Veränderungsraten im Jahresdurchschnitt, so zeigt sich sogar ein ver-

³ Vgl. Zur Analyse der Lage der Gebietskörperschaften: Die Steuerreform wirft ihre Schatten voraus — Perspektiven der Finanzpolitik bis 1990. Bearb.: Dieter Vesper. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 25/1988.

⁴ Vgl. Fußnote 3.

INDIKATOREN ZUM AUSSENHANDEL DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND saisonbereinigte Werte 1)

logarithmischer Maßstab



1) Saisonbereinigt nach dem Berliner Verfahren (BV3). — 2) Spezialhandel, in Preisen von 1980. Zusätzlich arbeitstäglich bereinigt. — 3) Linearer Maßstab. — 4) Terms of Trade auf Basis der Durchschnittswerte. —

Ab 2. Quartal 1988 Schätzung des DIW.

DIW 88

stärkter Anstieg. Dies ist jedoch lediglich ein Effekt der statistischen Ungereimtheiten der Entwicklung in diesem Jahr: Aus dem tiefen Einbruch zu Jahresbeginn ergibt sich am Jahresende voraussichtlich ein ungewöhnlich großer Überhang, der trotz einer konjunkturell verlangsamten Exportzunahme im kommenden Jahr zu der höheren jahresdurchschnittlichen Wachstumsrate führt. Aber auch bei der unterstellten Abflachung im kommenden Jahr wird der Export einen nennenswerten Beitrag zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum leisten.

Deutlich verringern wird sich im kommenden Jahr der Anstieg der realen Inlandsnachfrage. Den Ausschlag dafür gibt der private Verbrauch. Aufgrund der schon abgeschlossenen Tarifverträge ergibt sich ein leicht verringerter Anstieg der Bruttolohn- und -gehaltssumme, zudem erhöht sich die steuerliche Belastung wieder. Mit dem auf diese Weise spürbar verringerten Anstieg der Nettolöhne und -gehälter werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte verlangsamt zunehmen.

Im Vergleich zu den Vorjahren und zu diesem Jahr wird 1989 ein größerer Teil des Einkommensanstiegs von Preiserhöhungen absorbiert werden. Der reale private Verbrauch wird mit etwa 1 1/2 vH nur halb so stark expandieren wie im laufenden Jahr. Weiterhin flach wird der Anstieg der realen Bruttoanlageinvestitionen sein. Die Ausstattungsinvestitionen steigen, seit die Investitionswelle im Bereich des Investitionsgütergewerbes ausgelaufen ist, in verhaltenem Tempo (etwa 3 vH). Da im kommenden Jahr von der Entwicklung der Gesamtnachfrage und von den Finanzierungsbedingungen her keine besonderen Anregungen ausgehen werden, kann nur mit einer Fortsetzung dieses verhaltenen Anstiegs gerechnet werden.

Das Wachstum der realen Bauinvestitionen insgesamt wird auch im kommenden Jahr durch die zurückhaltende Investitionspolitik der Gebietskörperschaften beeinträchtigt werden. Hier ist wegen der Finanznöte insbesondere der Gemeinden mit einem weiteren Rückgang der realen Bauinvestitionen zu rechnen. Erfreulich dürfte dagegen weiterhin die Entwicklung im Wohnungsbau sein. Bei dem hier unterstellten Fortbestehen günstiger Finanzierungsbedingungen und dem nach wie vor hohen Bedarf an Modernisierungen kann — wie für dieses Jahr — mit einem Anstieg um 2 1/2 vH gerechnet werden. Im Wirtschaftsbau wird sich die Expansion ebenfalls fortsetzen. In diesem Bereich wird der jahresdurchschnittliche Zuwachs jedoch deutlich niedriger ausfallen als im laufenden Jahr. Hier wird — stärker als in den beiden anderen Baubereichen — der Basiseffekt spürbar, der sich aus den außergewöhnlich günstigen Witterungsbedingungen zu Anfang 1988 ergibt; die so bedingte Überhöhung führt in der entsprechenden Periode des kommenden Jahres zu negativen Zuwachsraten. Geglättet um die Wirkungen dieser Witterungseinflüsse ergibt sich für 1988 und 1989 eine relativ stetige Aufwärtstendenz mit Jahresraten von rund 2 vH.

Insgesamt bleibt es bei der nun schon einige Zeit gültigen Bewertung: Die Anlageinvestitionen in der Bundesrepublik steigen zwar, aber nur schwach; trotz unverändert guter Gewinnlage und relativ niedriger Zinsen kommt es nicht zu der erforderlichen Beschleunigung. Fehlte es sowohl im letzten als auch in diesem Jahr an ausreichend starken Nachfrageimpulsen für die Investitionsneigung, so wird das im kommenden Jahr erst recht gelten. Die wieder restriktive Finanzpolitik wird so nicht nur die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, sondern auch die Bereitschaft beeinträchtigen, vermehrt Kapazitäten und Arbeitsplätze zu schaffen.

Ein erheblicher Teil des Zuwachses an gesamtwirtschaftlicher Nachfrage wird wiederum Anbietern im Ausland zugute kommen. Die Einfuhr wird etwa ebenso stark zunehmen wie die Ausfuhr; in Relation zum Bruttosozialprodukt steigt die Einfuhr damit weiter deutlich. Die „Einfuhrquote“ wird 31 1/2 vH betragen, nach 31 vH im laufenden Jahr. Für die außenwirtschaftliche Überschußposition zeichnet sich dabei jedoch keine grundlegende Veränderung ab. Real wird der Außenbeitrag praktisch ebenso groß sein wie 1987 und 1988. Für die Terms of Trade wurde in dieser Prognose — auch im Zusammenhang mit der Annahme für den Dollarkurs — eine nur leichte Verschlechterung unterstellt: Ausführpreise und Einfuhrpreise erhöhen sich danach zwar etwas stärker als 1988, der Unterschied im Anstiegstempo ist jedoch gering. So ergeben sich für den nominalen Außenbeitrag und damit für die Leistungsbilanz wie auch für den realen Außenbeitrag keine nennenswerten Veränderungen.

Bei „Wachstumsneutralität“ im außenwirtschaftlichen Güter- und Leistungsverkehr stimmen damit die Tendenzen von Inlandsnachfrage und Sozialprodukt überein. Beide Größen werden sich gegenüber 1988 real um etwa 1 1/2 vH erhöhen. Gegenüber dem laufenden Jahr ist das eine gravierende Abschwächung. Wenn in der Projektion dennoch eine gegenüber 1988 fast unveränderte Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen ausgewiesen wird, dann hängt dies mit dem rückläufigen individuellen Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen zusammen. Dieses wiederum resultiert aus einer geringeren Zahl an verfügbaren Arbeitstagen und einem verstärkten Rückgang der um Kalendereffekte bereinigten Arbeitszeit, werden doch im kommenden Jahr wieder in erheblichem Umfang Verkürzungen der Wochenarbeitszeit wirksam.

Die Zunahme der Beschäftigtenzahl wird geringer sein als die der neu einen Arbeitsplatz Suchenden. Beim Angebot von Arbeitskräften hält die demographisch bedingte Zunahme noch immer, wenn auch abgeschwächt, an; daneben wird die Zahl derjenigen, die einen Arbeitsplatz suchen, durch den kräftigen Zustrom von Umsiedlern aus osteuropäischen Ländern gesteigert. Mit einem Rückgang der Zahl der Arbeitslosen ist unter diesen Umständen nicht zu rechnen, im Gegenteil, sie wird weiter steigen, wenn auch nicht sehr stark. Bei knapp 2,3 Mil-

lionen im Jahresdurchschnitt wird 1989 die Arbeitslosenquote wieder 9,1 vH betragen.

Das Preisklima wird auch 1989 relativ kühl bleiben. Zwar ist insbesondere für die Preise des privaten Verbrauchs mit einer deutlich höheren Rate zu rechnen als für 1988. Die Beschleunigung im Anstieg von 0,5 vH im Jahre 1987 über reichlich 1 vH im laufenden Jahr auf rund 2 1/2 vH im kommenden spiegelt jedoch zum großen Teil die unterschiedlichen Einflüsse, die von den Einfuhrpreisen ausgehen, wider. Die Einfuhrpreise gehen nicht mehr, wie 1987, zurück, sondern erhöhen sich im kommenden Jahr etwa im Tempo des inländischen Preis- und Kostenanstiegs. Beschleunigend auf das Verbraucherpreisniveau wird allerdings die Erhöhung von indirekten Steuern wirken; dieser Einfluß beträgt, auf das Jahr gerechnet, fast 0,5 vH.

Wirtschaftspolitische Überlegungen

Trotz der unbefriedigenden Perspektiven für das Jahr 1989 sind die wirtschaftspolitischen Optionen der Bundesrepublik auf ein Minimum geschrumpft. Dies gilt insbesondere für die Finanzpolitik, die mit dem beschlossenen Konsolidierungskurs selbst maßgeblich zu diesen Perspektiven beiträgt und sich zugleich der Aufgabe entzieht, die internationalen und internen Ungleichgewichte entschlossen zu bekämpfen. Anders als zum Beispiel in der Gemeinschaftsdiagnose der wirtschaftswissenschaftlichen Institute gefordert, versucht die Bundesregierung nicht, etwa durch ein Vorziehen der Steuerreform, der Konjunktur Impulse zu geben, sondern geht das Risiko ein, durch eine Restriktion im kommenden Jahr die expansiven Effekte der Steuerreform 1990 schon im voraus wenigstens teilweise zu konterkarieren. Sollte sich die wirtschaftliche Lage 1989, beispielsweise infolge einer schwächeren Weltkonjunktur, stärker verschlechtern als hier angenommen, besteht die Gefahr, daß dieser Konsolidierungskurs sogar noch verschärft wird, wenn die Regierung die einmal gesetzten Defizitziele erreichen will.

Damit konzentriert sich die Frage, ob wirtschaftspolitisches Agieren in der Bundesrepublik noch möglich ist, auf die Geldpolitik. Das DIW hat seit einigen Jahren immer wieder hervorgehoben, daß die Geldpolitik einen pragmatischen Kurs, der Rücksicht auf die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte und die Arbeitsmarktsituation nimmt, einschlagen sollte. Die Bundesbank hat, wenn auch nach einigem Zögern, eine Politik betrieben, mit der sie — bei im Trend sinkenden Zinsen — der im Verhältnis zum Einkommen starken Zunahme der Geldnachfrage durch ein erhöhtes Geldangebot entsprach.

Nun wird allerdings erneut gefordert, die Geldpolitik müsse die verbesserte konjunkturelle Situation und den Anstieg des Dollarkurses und der US-Zinsen nutzen, um den „Geldüberschuß“ zu beseitigen, der sich in den vergangenen Jahren infolge der Zielüberschreitungen ange-

sammelt habe. Mit einer solchen Politik könne zugleich der Inflationsgefahr begegnet werden, die spätestens mit dem Erreichen der 2-vH-Marke im kommenden Jahr akut werde. Eine solche Argumentation ist in vielerlei Hinsicht nicht nur als verfehlt anzusehen, sondern, sollten diese Forderungen in die Tat umgesetzt werden, gerade im Hinblick auf die internationale Verantwortung der Bundesrepublik äußerst gefährlich.

Zunächst muß man sich vergegenwärtigen, daß es eine Kombination von steigenden Zinsen im Defizitland (USA), einer leichten Erholung des US-Dollars und steigenden Zinsen in den Überschußländern (Japan, Bundesrepublik) war, die im vergangenen Sommer zu einer Situation führte, deren Unhaltbarkeit schließlich zu dem Strudel von fallenden Aktienkursen und fallendem US-Dollar führte.

Doch auch unabhängig davon wäre eine Politik verfehlt, die sich am geldpolitischen Kurs der USA orientierte. Was in der Bundesrepublik kaum gesehen wird, ist die Tatsache, daß sich die USA, sechs Jahre nach Beginn des weltweiten Aufschwungs, heute in einer völlig anderen konjunkturellen und wirtschaftspolitischen Situation befinden als die Bundesrepublik. Die Schaubilder „Inflation, Wachstum und Arbeitslosigkeit“ zeigen, daß die USA in den vergangenen Jahren eine wesentlich günstigere Kombination dieser drei Ziele erreicht haben⁵. In der Bundesrepublik gelang es lediglich, Preisstabilität herzustellen; das Wachstum war wesentlich schwächer als in den USA, und bei der Arbeitslosigkeit konnte seit 1982 nicht einmal ein kleiner Schritt in Richtung einstmaliger erreichter Werte der Arbeitslosenquote getan werden. Über den gesamten Zeitraum von 1973 bis 1986 gesehen, hat sich die Bundesrepublik immer weiter von Vollbeschäftigung entfernt. Die USA konnten dagegen schon 1987 nahe an die niedrige Arbeitslosenquote herankommen, die sie vor der ersten Ölkrise erreicht hatten. Dabei blieb die Inflation dank Lohnabschlüssen, die nicht wesentlich höher waren als in der Bundesrepublik, in relativ engen Grenzen.

Wenn die USA angesichts der hohen Auslastung von Sachkapazitäten und Arbeitskräftepotential und des großen außenwirtschaftlichen Defizits, das zum Teil ja Reflex der guten wirtschaftlichen Entwicklung war, nun eine vorsichtige monetäre Restriktion einleiten sollten, dann mag man das als Versuch einer rechtzeitigen Dämpfung nachfrageinduzierter Preissteigerungen und als Unterstützung der durch den Dollarfall eingeleiteten außenwirtschaftlichen Anpassung ansehen.

In der Bundesrepublik sind die Bedingungen ganz anders. Eine gleichartige Politik ist daher hier nicht zu rechtfertigen. Die Auslastung der Sachkapazitäten ist seit zwei Jahren unverändert, und die Arbeitslosigkeit ist nahe dem historischen Höchststand. Kurzfristig, nämlich für die Mengenwirkungen der Konjunktur auf den Außenhandel, ist aber entscheidend, daß das Überschußland nicht die gleiche Politik wie das Defizitland betreiben kann, wenn

der Prozeß der internationalen Anpassung vorankommen soll.

Ein Blick auf die Geldmengenexpansion in den wichtigsten Industrieländern (s. Tabelle: Entwicklung der Geldmenge) in den vergangenen Jahren zeigt auch, daß die Bundesrepublik — bei aller Vorsicht, die bei einem Vergleich nationaler Geldmengenaggregate angebracht ist — keineswegs eine extrem expansive Politik betrieben hat. Gerade diejenigen Länder, deren Wirtschaften heute sehr viel stärker expandieren als die der Bundesrepublik, also vor allem Japan und Großbritannien, haben, auch bei Betrachtung der realen Geldmenge und unter Berücksichtigung des Rückgangs der Umlaufgeschwindigkeit, eine sehr viel expansivere und offensivere Geldpolitik betrieben. Das gilt auch für die USA bis zum Jahr 1986. In keinem dieser Länder ist es im Zuge des Aufschwungs seit 1983 zu einer Inflationsbeschleunigung gekommen. Im Gegenteil: Die Inflationsraten haben Tiefstände erreicht, wie sie in den letzten 20 Jahren nicht mehr zu verzeichnen waren.

Daher ist es nicht zu verstehen, wenn heute immer häufiger vor einer erneuten Inflationsbeschleunigung in der Bundesrepublik gewarnt wird. Inflation folgt nicht schon daraus, daß, gemessen an politischen Zielvorgaben für Geldmengenaggregate, ein „Geldüberschuß“ entstanden ist. Inflation entsteht entweder aus Kostensteigerungen, die die Unternehmen in den Preisen weitergeben, oder infolge exzessiver Nachfragesteigerungen, bei denen die Kapazitätsgrenzen weit überschritten werden. Beides ist auf absehbare Zeit nicht zu erwarten. Die entscheidende

Zur Entwicklung der Geldmenge
Veränderung gegenüber Vorjahr in vH

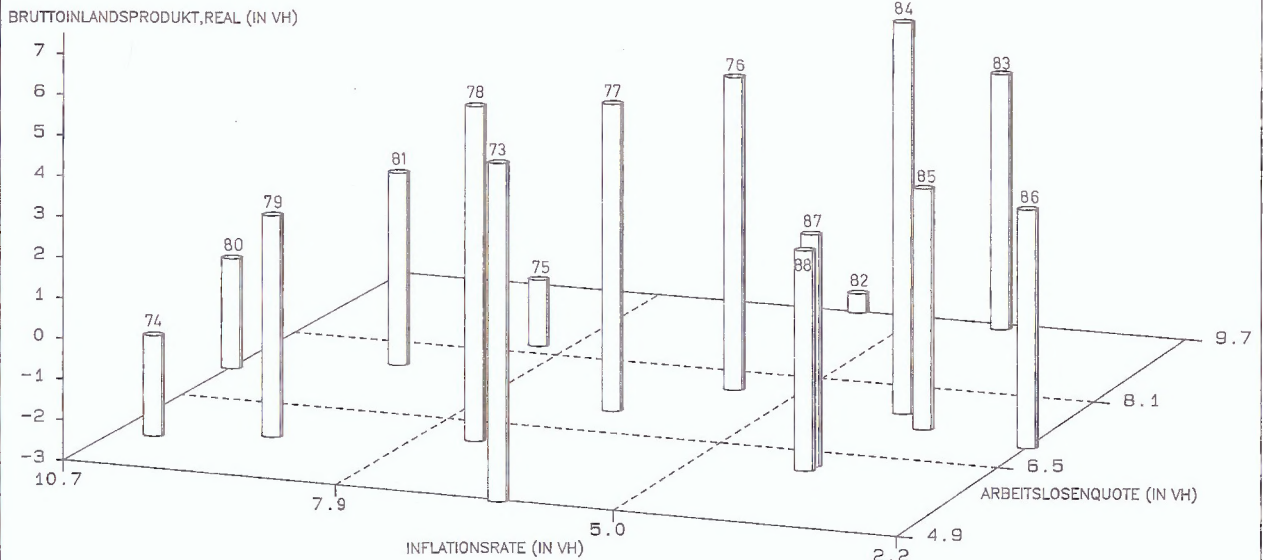
Länder		1983	1984	1985	1986	1987
Bundesrepublik Deutschland	M3	5,3	4,7	5,1	6,8	6,0
Frankreich	M2	13,7	9,8	6,0	4,1	4,3
Italien	M2	13,3	12,1	10,8	9,4	8,4
Großbritannien	M3	11,1	10,0	13,4	18,8	22,8
USA	M2	11,7	8,2	8,1	9,1	3,4
Japan	M2	7,3	7,8	8,7	9,2	10,8

Quelle: Economie Européenne, Commission des Communautés Européennes.

Kostenkomponente, die Lohnsteigerungen, ist in den wichtigsten Bereichen für einige Jahre bei etwa 3,5 vH, zum Teil sogar noch darunter festgelegt, die Perspektiven

⁵ In den Schaubildern wurden die Begrenzungen bei Arbeitslosigkeit und Inflation durch die Minima und Maxima im Zeitraum von 1973 bis 1988 vorgegeben. Die Arbeitslosenquote entspricht einer von der OECD standardisierten Definition. Zur Interpretation des Schaubildes: Ein hoher „Turm“ im rechten unteren Feld, wie ihn die USA 1987 und 1988 realisiert haben, dokumentiert eine sehr günstige Position.

INFLATION, WACHSTUM UND ARBEITSLOSIGKEIT VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA



QUELLE : OECD

DIW BERLIN 1988

der Nachfrageentwicklung deuten auf eine allenfalls moderate Zunahme hin. Sollte sich der „Geldüberschuß“ tatsächlich als solcher erweisen, sollte sich also die Geldnachfrage wieder normalisieren, würde dies zu sinkenden Zinsen am Kapitalmarkt und/oder erhöhten Konsum- und Investitionsausgaben führen. Bei dem gegebenen realen Spielraum ist beides erwünscht. Einen direkten Weg von „zuviel Geld“ zu steigenden Preisen, wie es etwa die Theorie der rationalen Erwartungen suggeriert, gibt es in einer Wirtschaft mit hoher Wettbewerbsintensität und stabiler mittelfristiger Entwicklung der Nominallohne nicht.

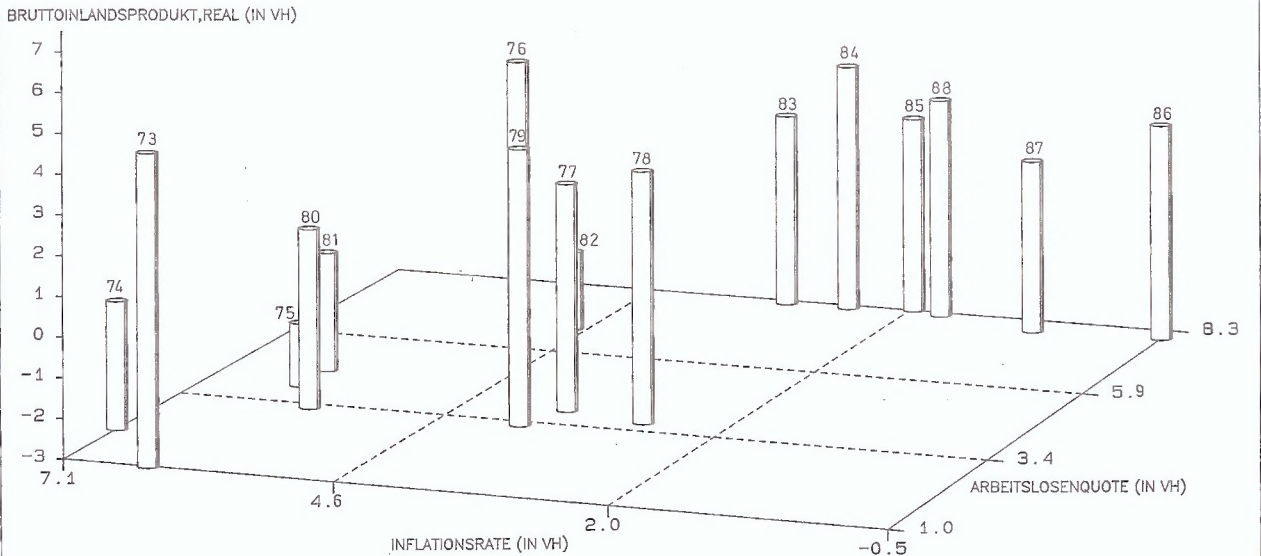
Das bedeutet, daß die Preissteigerungsrate in der Bundesrepublik ein Niveau erreichen wird, auf dem sie in den vergangenen Jahren gewesen wäre, wenn es keine preisenkenden Sondereinflüsse gegeben hätte (Ölpreisfall, Dollarabwertung). Aus der „Normalisierungstendenz“, die zu einer durchschnittlichen Rate von 2 vH führt, aber Inflationsgefahren abzuleiten, ist abwegig.

Schwer verständlich ist auch die aktuelle Diskussion um den „Investitions- und Produktions-Standort Bundesrepublik“. Es wurde schon darauf hingewiesen, wieviel Brisanz in den unverändert hohen Außenhandelsüberschüssen der Bundesrepublik weltwirtschaftlich liegt. Ein

Abbau dieser Überschüsse, das hat das DIW immer wieder betont, könnte entweder über eine stärkere binnenwirtschaftliche Expansion oder über eine Aufwertung der D-Mark erreicht werden. Stärkere Importsteigerungen schon Mitte der achtziger Jahre hätten den Aufwertungsbedarf sicherlich gemindert. Da die Bundesrepublik den Weg inländischer Expansion aber nicht mit Konsequenz verfolgt hat, mußte die Aufwertung so weit führen, daß international Marktanteile verloren gingen und wohl noch verloren gehen werden. Das ist aber nur Reflex einer vorausgegangenen Situation, in der umgekehrt die Bundesrepublik über reale Abwertung der D-Mark Marktanteile gewonnen und die Unternehmen hohe Gewinne im Außenhandel erzielt hatten. Die weltwirtschaftlich notwendige Korrektur jetzt als Verlust an Wettbewerbsfähigkeit und Standortqualität zu interpretieren, stellt die Fakten auf den Kopf.

Die wichtigsten längerfristig binnenwirtschaftlich determinierten Faktoren der Wettbewerbsfähigkeit, nämlich Lohn- und Produktivitätszuwächse, sind günstig. Die Lohnstückkostensteigerungen in der Bundesrepublik sind seit fast 20 Jahren die niedrigsten aller Industrieländer, was schließlich in der niedrigen Inflationsrate seinen Aus-

INFLATION, WACHSTUM UND ARBEITSLOSIGKEIT BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND



QUELLE: OECD

DIW BERLIN 1988

druck findet. Auch die Diskussion um das „wettbewerbsfähige“ Steuerniveau ist problematisch. Nicht nur, daß bei einem Systemvergleich die Gesamtmenge aller von seiten des Staates die Wettbewerbsfähigkeit bestimmenden Faktoren, wie die Ausstattung mit Infrastruktur, sozialer Konsens, Bildungsstand der Arbeitskräfte, Forschungsförderung, Subventionen u.ä., herangezogen werden müßte, auch die Vergleiche von Steuersätzen bei sehr unterschiedlich definierten Bemessungsgrundlagen sind wenig aussagekräftig. Zudem ist es mehr als fragwürdig, ob sich aus einem internationalen Wettbewerb um Steuersenkungen, der im Grunde nichts anderes bewirkt als einen internationalen Subventionswettlauf, eine für alle Länder vernünftige Politik ergeben kann.

Es ist erstaunlich, daß heute nahezu die gleiche Diskussion geführt wird, die auch in der Zeit eines Leistungsbilanzdefizits in der Bundesrepublik (1980/81) vorherrschte. Man muß wohl Verständnis dafür aufbringen, daß die Partner fragen, wie das Land mit dem — gemessen am BSP — höchsten Leistungsbilanzüberschuß aller OECD-Länder seine Rolle in der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung versteht, wenn sowohl Defizite als auch exorbitante außenwirtschaftliche Überschüsse zu immer den gleichen wirtschaftspolitischen Antworten führen. Die Tatsache, daß auf der soeben beendeten Weltwirtschaftskonferenz in Toronto die Bundesrepublik nicht stärker kritisiert wurde, sollte nicht als Garantie für ein unbegrenztes Stillhalten der Wirtschaftspartner gesehen werden.

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für die Jahre 1988 und 1989

	1987	1988	1989	1987		1988	
	Jahre			1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Sozialprodukts Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Zahl der Erwerbstätigen	0,7	0,5	0,5	0,9	0,5	0,5	0,5
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	-1,0	-0,5	-1,0	-0,9	-1,1	-0,5	-1,0
Arbeitstage	0,4	0,5	-0,5	0,0	0,7	1,5	-0,5
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	0,0	0,5	-1,0	-0,0	0,1	1,5	-1,0
Produktivität¹)	1,7	2,5	2,5	1,5	2,0	2,0	2,5
Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1980	1,8	2,5	1,5	1,5	2,1	3,5	2,0
2. Verwendung des Sozialprodukts zu jeweiligen Preisen a) Mrd.DM							
Privater Verbrauch	1 119,6	1 167,5	1 216,5	535,5	584,2	561,0	606,5
Staatsverbrauch	396,8	410,5	419,5	183,4	213,4	189,5	221,0
Anlageinvestitionen	388,3	406,0	422,5	174,1	214,2	185,0	221,0
Ausrüstungen	168,7	177,5	186,0	76,9	91,8	81,5	96,0
Bauten	219,7	228,5	236,5	97,2	122,4	103,5	125,0
Vorratsveränderung	8,7	10,5	7,5	19,8	-11,1	25,0	-15,0
Außenbeitrag	109,8	111,0	111,0	53,4	56,3	50,0	61,0
Ausfuhr	636,6	665,5	701,5	308,4	328,2	320,5	345,0
Einfuhr	526,8	554,5	590,5	255,0	271,8	270,0	284,0
Bruttosozialprodukt	2 023,2	2 105,0	2 177,5	966,2	1 057,0	1 010,5	1 094,5
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Privater Verbrauch	3,7	4,5	4,0	2,8	4,5	4,5	4,0
Staatsverbrauch	3,8	3,5	2,0	3,9	3,7	3,5	3,5
Anlageinvestitionen	3,1	4,5	4,0	2,1	3,9	6,0	3,0
Ausrüstungen	4,5	5,0	5,0	3,5	5,4	5,5	4,5
Bauten	2,0	4,0	3,5	1,0	2,8	6,5	2,0
Ausfuhr	0,0	4,5	5,5	-2,7	2,8	4,0	5,0
Einfuhr	0,5	5,0	6,5	-4,7	5,8	6,0	4,5
Bruttosozialprodukt	3,8	4,0	3,5	4,2	3,5	4,5	3,5
3. Verwendung des Sozialprodukts zu Preisen von 1980 a) Mrd.DM							
Privater Verbrauch	931,3	959,5	974,5	445,8	485,5	463,0	497,0
Staatsverbrauch	327,9	333,0	335,5	159,2	168,7	161,5	171,5
Anlageinvestitionen	330,6	340,0	347,0	148,5	182,1	155,5	184,5
Ausrüstungen	141,3	146,5	151,0	64,6	76,7	67,5	79,0
Bauten	189,3	193,5	196,0	83,9	105,4	88,0	105,5
Vorratsveränderung	7,9	9,5	6,5	17,9	-10,0	23,0	-14,0
Außenbeitrag	47,9	46,0	47,0	22,8	25,1	17,5	28,0
Ausfuhr	548,8	566,5	588,0	267,1	281,7	274,0	293,0
Einfuhr	500,9	521,0	541,0	244,3	256,6	256,0	264,5
Bruttosozialprodukt	1 645,6	1 687,5	1 711,0	794,2	851,4	820,5	867,0
nachrichtlich: Inlandsnachfrage	1 597,7	1 642,0	1 663,5	771,4	826,3	803,0	839,0
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Privater Verbrauch	3,1	3,0	1,5	2,6	3,5	4,0	2,5
Staatsverbrauch	1,6	1,5	1,0	1,8	1,3	1,5	1,5
Anlageinvestitionen	1,7	3,0	2,0	0,8	2,5	4,5	1,5
Ausrüstungen	4,0	3,5	3,0	3,2	4,7	4,5	3,0
Bauten	0,1	2,0	1,5	-0,9	0,9	5,0	0,0
Ausfuhr	0,8	3,5	4,0	-1,1	2,7	2,5	4,0
Einfuhr	4,8	4,0	4,0	3,4	6,1	5,0	3,0
Bruttosozialprodukt	1,7	2,5	1,5	1,4	2,0	3,5	2,0
nachrichtlich: Inlandsnachfrage	2,9	3,0	1,5	2,9	3,0	4,0	1,5

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1987	1988	1989	1987		1988	
	Jahre			1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Sozialprodukts (1980 = 100) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Privater Verbrauch	0,6	1,0	2,5	0,2	0,9	1,0	1,5
Staatsverbrauch	2,2	2,0	1,5	2,1	2,4	2,0	2,0
Anlageinvestitionen	1,3	1,5	2,0	1,2	1,4	1,5	2,0
Ausrüstungen	0,5	1,5	2,0	0,3	0,7	1,0	1,5
Bauten	1,9	2,0	2,0	2,0	1,8	1,5	2,0
Ausfuhr	-0,8	1,0	1,5	-1,6	0,1	1,5	1,0
Einfuhr	-4,1	1,0	2,5	-7,8	-0,2	1,0	1,5
Bruttosozialprodukt	2,1	1,5	2,0	2,8	1,5	1,0	1,5
5. Einkommensentstehung und -verteilung a) Mrd.DM							
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1 080,6	1 118,5	1 153,5	507,6	573,0	526,5	591,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	870,4	900,0	927,0	408,7	461,7	424,0	476,0
Nettolohn- und -gehaltsumme	580,0	600,5	612,5	275,5	304,4	286,5	314,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	490,8	518,0	533,0	238,1	252,7	255,5	262,0
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	419,9	443,5	453,0	205,7	214,2	221,0	223,0
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen ²⁾	375,0	383,5	408,0	178,9	196,1	179,0	204,5
Nichtentnommene Gewinne	44,9	60,5	45,0	26,9	18,1	42,0	18,5
Volkseinkommen	1 571,4	1 636,5	1 687,0	745,7	825,7	782,5	854,0
Abschreibungen	249,7	261,0	273,5	123,7	126,0	129,0	132,0
Indirekte Steuern abzügl.Subventionen	202,1	208,0	217,0	96,8	105,3	99,0	109,0
Bruttosozialprodukt	2 023,2	2 105,0	2 177,5	966,2	1 057,0	1 010,5	1 094,5
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	3,8	3,5	3,0	3,9	3,6	4,0	3,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	3,8	3,5	3,0	4,0	3,7	3,5	3,0
Nettolohn- und -gehaltsumme	2,6	3,5	2,0	2,9	2,4	4,0	3,0
nachrichtlich:							
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäft.	3,0	3,0	2,5	2,9	3,2	3,0	2,5
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäft.	1,8	3,0	1,5	1,9	1,8	3,5	2,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	4,0	5,5	3,0	5,6	2,4	7,5	4,0
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	5,4	5,5	2,0	8,7	2,5	7,5	4,0
Entn. Gewinne u.Vermögenseinkommen ²⁾	2,5	2,0	6,5	1,3	3,7	0,0	4,5
Volkseinkommen	3,8	4,0	3,0	4,5	3,3	5,0	3,5
Abschreibungen	3,9	4,5	5,0	3,8	4,1	4,5	4,5
Indirekte Steuern abzügl.Subventionen	3,6	3,0	4,5	2,4	4,6	2,0	3,5
Bruttosozialprodukt	3,8	4,0	3,5	4,2	3,5	4,5	3,5
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte a) Mrd.DM							
Nettolohn- und -gehaltsumme	580,0	600,5	612,5	275,5	304,4	286,5	314,5
Empfangene laufende Übertragungen ³⁾	325,6	339,5	351,5	161,0	164,7	167,5	171,5
Entn.Gewinne u.Vermögenseinkommen	422,5	439,5	461,5	202,6	219,8	210,5	229,0
Abzüge:							
Zinsen auf Konsumentenschulden	17,4	17,0	17,0	8,8	8,6	8,5	8,5
Geleistete laufende Übertragungen ⁴⁾	34,6	34,0	34,5	16,8	17,8	16,4	17,5
Verfügbares Einkommen	1 276,0	1 328,5	1 374,0	613,5	662,5	639,5	689,0
Privater Verbrauch	1 119,6	1 167,5	1 216,5	535,5	584,2	561,0	606,5
Ersparnis	156,4	161,0	157,0	78,1	78,3	78,5	82,5
Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens(Sparquote)	12,3	12,0	11,5	12,7	11,8	12,5	12,0

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1987	1988	1989	1987		1988	
	Jahre			1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Nettolohn- und -gehaltssumme	2,6	3,5	2,0	2,9	2,4	4,0	3,0
Empfangene laufende Übertragungen ³⁾	4,8	4,0	3,5	4,9	4,8	4,0	4,5
Entn. Gewinne u. Vermögenseinkommen	3,8	4,0	5,0	2,6	4,9	4,0	4,0
Verfügbares Einkommen	3,8	4,0	3,5	3,5	4,1	4,0	4,0
Privater Verbrauch	3,7	4,5	4,0	2,8	4,5	4,5	4,0
Ersparnis	5,1	3,0	-2,5	8,8	1,6	1,0	5,0
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁵⁾							
a) Mrd. DM							
Einnahmen							
Steuern	491,7	505,5	531,0	228,4	263,2	236,5	269,0
Sozialbeiträge	350,6	365,0	380,0	165,3	185,3	172,5	192,5
Erwerbseinkünfte	27,8	20,5	26,5	17,2	10,6	10,0	10,5
Sonstige laufende Übertragungen	21,5	26,0	25,0	11,8	9,7	13,5	12,0
Empfangene Vermögensübertragungen	6,3	6,0	6,0	2,7	3,6	2,5	3,5
Einnahmen insgesamt	897,8	923,0	968,5	425,4	472,4	435,5	487,5
Ausgaben							
Staatsverbrauch	396,8	410,5	419,5	183,4	213,4	189,5	221,0
Zinsen	57,9	60,0	63,0	32,2	25,7	33,5	26,5
Laufende Übertragungen an	412,6	433,0	449,0	203,5	209,1	214,0	218,5
Private Haushalte	332,7	346,5	359,0	165,0	167,6	172,0	174,5
Unternehmen	47,7	49,5	51,0	21,6	26,1	23,5	26,0
Ausland	32,2	37,0	39,0	16,8	15,4	18,5	18,5
Geleistete Vermögensübertragungen	31,4	31,5	32,0	13,0	18,4	13,0	18,5
Nettoinvestitionen	33,4	33,5	33,5	12,2	21,2	13,5	20,0
Ausgaben insgesamt	932,0	968,0	996,5	444,3	487,7	463,5	504,5
Finanzierungssaldo	-34,2	-45,0	-28,0	-18,9	-15,3	-28,0	-17,0
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Einnahmen							
Steuern	3,8	3,0	5,0	2,5	5,0	3,5	2,0
Sozialbeiträge	3,9	4,0	4,0	4,0	3,8	4,5	4,0
Erwerbseinkünfte	-18,2	-25,5	28,0	-16,2	-21,3	-41,0	0,0
Sonstige laufende Übertragungen	-3,2	20,0	-3,0	9,9	-15,5	16,0	24,5
Empfangene Vermögensübertragungen	5,9	-2,5	0,0	1,5	9,6	0,0	-4,0
Einnahmen insgesamt	2,8	3,0	5,0	2,4	3,3	2,5	3,0
Ausgaben							
Staatsverbrauch	3,8	3,5	2,0	3,9	3,7	3,5	3,5
Zinsen	1,3	3,5	4,5	-0,5	3,6	3,5	4,0
Laufende Übertragungen an	4,8	5,0	3,5	5,3	4,3	5,5	4,5
Private Haushalte	4,9	4,0	3,5	4,8	4,9	4,0	4,0
Unternehmen	5,7	3,5	3,5	11,3	1,4	9,0	-1,0
Ausland	3,2	15,0	5,0	3,3	3,2	11,0	19,5
Geleistete Vermögensübertragungen	0,8	0,0	1,5	4,7	-1,8	-1,0	0,5
Nettoinvestitionen	1,8	0,0	0,0	-0,6	3,2	11,5	-6,5
Ausgaben insgesamt	3,9	4,0	3,0	4,1	3,7	4,5	3,5

1) Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1980 je Erwerbstätigenstunde. — 2) Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden. — 3) Soziale Leistungen nach Abzug der Lohnsteuer auf Pensionen, der Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen und deren Eigenbeiträge, Vorruhestandsgeld sowie Übertragungen an Organisationen ohne Erwerbszweck. — 4) Nichtzurechenbare Steuern, freiwillige Sozialversicherungsbeiträge der Selbständigen, Hausfrauen u.ä., Rückerstattungen und sonstige laufende Übertragungen an den Staat, Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich Schadenversicherungsleistungen, internationale private Übertragungen. — 5) Gebietskörperschaften, ERP, Lastenausgleichsfonds und Sozialversicherung.

Quellen: 1987 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 3/1988) und eigene Berechnungen der Arbeitszeit und der Produktivität; 1988 und 1989 Prognose des DIW. Prognostizierte absolute Werte und Veränderungsraten gerundet.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4.

- Heft 82 **Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen** — eine Branchenstudie — Von Arthur Boneß, Gerhard Neckermann, Rainer Pischner und Reiner Stäglin. 400 S. 1984. DM 98,—.
- Heft 83 **Vorausschätzung des Ersatzinvestitionsbedarfs für die Bundesverkehrswege**. Von Bernd Bartholmai, Heinz Enderlein und Joachim Niklas. 324 S. 1985. DM 92,—.
- Heft 84 **Gesamtwirtschaftliche und strukturelle Auswirkungen der Energieverteuerung und internationaler Energiepreisdifferenzen**. Schwerpunktthema im Rahmen der Strukturberichterstattung 1983. Von Renate Filip-Köhn und Manfred Horn unter Mitarbeit von Jürgen Blazejczak. 224 S. 1985. DM 78,—.
- Heft 85 **Geldeinkommen in der DDR von 1955 bis zu Beginn der achtziger Jahre**. Funktionale und personelle Verteilung, Einkommensbildung und Einkommenspolitik. Von Heinz Vortmann. 239 S. 1985. DM 156,—.
- Heft 86 **Leitdatenvorausschätzungen für Verkehrsprognosen — Konzeption, Modelle und Verbesserungsmöglichkeiten bisheriger Ansätze**. Von Herwig Birg und Ulrich Voigt. 131 S. 1985. DM 88,—.
- Heft 87 **Konsumgüterversorgung in der DDR und Wechselwirkungen zum innerdeutschen Handel**. Von Doris Cornelsen, Andreas Koch, Horst Lambrecht und Angela Scherzinger. 319 S. 1985. DM 82,—.
- Heft 88 **Regionale Struktur des Personenverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1980**. Von Jutta Kloas, Hartmut Kuhfeld, Uwe Kunert (DIW Berlin), Horst Focke, Dieter Wilken (DFVLR Köln), Henryk Bolik und Dieter Hölksen (IVV Aachen). 320 S. 1985. DM 86,—.
- Heft 89 **Lehre und Berufsausübung**. Eine Längsschnittuntersuchung für Berlin (West). Von Klaus-Peter Gaulke und Dettlef Filip unter Mitarbeit von Hans M. Duseberg. 122 S. 1986. DM 42,—.
- Heft 90 **Analyse der Rahmenbedingungen für energiesparende Investitionen im Mietwohnbereich**. Von Bernd Bartholmai, Eckhard Casser und Dieter Vesper. 276 S. 1986. DM 86,—.
- Heft 91 **Regionale Besonderheiten der Preisbildung und Ansätze zur Förderung des Wettbewerbs auf dem Berliner Baustoffmarkt**. Von Peter Ring. 188 S. 1986. DM 68,—.
- Heft 92 **/I Industriepolitik im westlichen Ausland — Rahmenbedingungen, Strategien, Außenhandelsaspekte. Allgemeiner Teil**. Von Fritz Franzmeyer, Siegfried Schultz, Bernhard Seidel, Erik Svindland und Joachim Volz. 270 S. 1987. DM 58,—.
- Heft 92 **/II Industriepolitik im westlichen Ausland — Rahmenbedingungen, Strategien, Außenhandelsaspekte. Länderberichte**. Von Fritz Franzmeyer, Siegfried Schultz, Bernhard Seidel, Erik Svindland und Joachim Volz. 332 S. 1987. DM 68,—.
- Heft 93 **An der Schwelle zum Beruf — Erfahrungen und Erwartungen von Prüfungsteilnehmern zur betrieblichen Berufsausbildung in Berlin (West)**. Von Friederike Behringer und Klaus-Peter Gaulke. 236 S. 1987. DM 68,—.
- Heft 94 **Die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesländer in den siebziger und achtziger Jahren — eine vergleichende Analyse** —. Von Kurt Geppert, Bernd Görzig, Wolfgang Kirner, Erika Schulz, Dieter Vesper (DIW), unter Mitarbeit von Johannes Bröcker (Universität Kiel) 548 S. 1987. DM 112,—.
- Heft 95 **Die Glasindustrie — ein Branchenbild**. Von Gerhard Neckermann und Hans Wessels. 364 S. 1987. DM 88,—.
- Heft 96 **Verkehrsverhalten im Vergleich — Personenverkehr in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1976 und 1982 nach Verkehrsarten, Zwecken, Entfernungsstufen, Gemeindetypen und Bevölkerungsgruppen**. Von Jutta Kloas und Hartmut Kuhfeld. 177 S. 1987. DM 59,60.
- Heft 97 **Die Einkommenslage der Familien in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1973 und 1981**. Von Klaus-Dietrich Bedau, Bernd Freitag und Gerhard Göseke. 490 S. 1987. DM 98,—.
- Heft 98 **Förderung von Innovationen und Arbeitsplätzen im Rahmen der Berliner Strukturprogramme — Eine Erfolgskontrolle**. Von Kurt Hornschild und Uwe Müller. 276 S. 1987. DM 78,—.
- Heft 99 **Auswirkungen der Mehrwertsteuererhöhung vom 1. 7. 1983 auf volkswirtschaftliche Gesamtaggregate sowie Haushalte unterschiedlicher Einkommensstruktur**. Von Klaus-Dietrich Bedau, Dieter Teichmann und Rudolf Zwiener. 239 S. 1987. DM 68,—.
- Heft 100 **Simulation gesamtwirtschaftlicher Perspektiven mit einem ökonometrischen Modell für die Bundesrepublik Deutschland**. Von Jürgen Blazejczak. 418 S. 1987. DM 88,—.
- Heft 101 **Entwicklungshilfe, Ausfuhr und Beschäftigung — Eine empirische Untersuchung aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland**. Von Dieter Schumacher. 178 S. 1988. DM 59,60.
- Heft 102 **SO₂- und NO_x-Emissionen in der DDR 1982**. Von Jochen Bethkenhagen, Rainer Hopf, Manfred Melzer, Cord Schwartz und Doris Cornelsen (Projektleitung). 530 S. 1988. DM 112,—.
- Heft 103 **Exportgetriebener Strukturwandel bei schwachem Wachstum — Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft**. Strukturberichterstattung 1987. 312 S. 1988. DM 82,—.
- Heft 104 **Struktur und Wettbewerbsfähigkeit der Schuhindustrie in der Bundesrepublik Deutschland**. Von Gerhard Neckermann und Hans Wessels. 172 S. 1988. DM 58,—.
- Heft 105 **Möglichkeiten und Grenzen der Regionalisierung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in der Bundesrepublik Deutschland**. Von Kurt Geppert und Bernd Görzig. 212 S. 1988. DM 68,—.
- Heft 106 **Berufsstart in Berlin**. Von Friederike Behringer und Klaus-Peter Gaulke. 250 S. 1988. DM 76,—.

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Erscheinen zur Zeit im 56. Jahrgang. Format DIN A 4.

Heft 1-2/1987 148 S. DM 78,—

Strukturwandel bei Gewinnen und Investitionen. Von *Bernd Görzig*.

Einkommen aus Wohnungsvermietung — Ergebnisse der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, unterteilt für die Bereiche eigengenutzte und vermietete Wohnungen. Von *Bernd Bartholmai*.

FIND-Modell. Sektorale Vorratsinvestitionen in der Bundesrepublik Deutschland 1961-1980 — Eine empirische Analyse. Von *Gustav Adolf Horn*.

Zur Verwendung von Input-Output-Informationen in ökonometrischen Modellen für die Bundesrepublik Deutschland. Von *Manfred Kiy*.

Ansatzpunkte für eine quantitative Schätzung der künftigen Werbemarktentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Von *Wolfgang Seufert*.

Die Rolle der DDR in der gemeinsamen Industriepolitik der RGW-Staaten. Von *Heinrich Machowski*.

Energiepolitik in der UdSSR: Ein neuer Kurs? Von *Jochen Bethkenhagen*.

Die Wirtschaft der CSSR in den achtziger Jahren. Von *Maria Lodahl*.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensrechnung.

Heft 3/1987 108 S. DM 44,—

Schwerpunktheft. Zur Rolle von Geld- und Lohnpolitik bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Ergebnisse eines Symposions des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin, am 12. März 1987.

Vorwort.

Thesenpapiere (in alphabetischer Reihenfolge der Verfasser).

Heiner Flassbeck: Geldmenge, Löhne und Beschäftigung.

Wolfgang Franz: Neue Makroökonomie und beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik.

Willi Koll: Gesamtwirtschaftliche Bedingungen für mehr Beschäftigung bei Stabilität.

Jürgen Kromphardt: Geld-, Fiskal- und Lohnpolitik sind gemeinsam für die Beschäftigung verantwortlich.

Ernst Moritz Lipp: Strategiefragen der Beschäftigungspolitik.

Rüdiger Pohl: Flexible Orientierung der Geldpolitik.

Hajo Riese: Strategien der Wirtschaftspolitik: Wohlfahrtsimport versus Wachstumsimport.

Harald Scherf: Lohnpolitik und Geldpolitik.

Olaf Sievert: Die Lohnpolitik im Zentrum begrenzter beschäftigungspolitischer Hoffnungen.

Horst Tomann: Die Rolle der Lohnpolitik bei Disinflation.

Diskussion.

Zahlenanhang: Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensveränderungen.

Heft 4/1987 142 S. DM 76,—

Struktur- und Wettbewerbsaspekte neuer Gemeinschaftspolitiken — EG im Zeichen von Binnenmarktvollendung, Süderweiterung, Technologiegemeinschaft und Ausbau der Währungsunion. Von *Fritz Franzmeyer*.

Der Informationssektor in der Abgrenzung nach informations- und kommunikationstechnischen Erzeugnissen — Einige Daten für die Bundesrepublik Deutschland. Von *Reiner Stäglin* und *Erwin Südfeld*.

Methodische Konzepte für die Hochrechnung von Panel-Daten. Von *Ulrich Rendtel*.

Geschwindigkeitsbegrenzung und zeitlich begrenzte Fahrverbote: taugliche Mittel zur Senkung des Kraftstoffverbrauchs? Von *Rainer Hopf*.

Die Aufgaben der Hochschulen und der Akademie der Wissenschaften beim Wissens- und Technologietransfer in der DDR. Von *Angela Scherzinger*.

Chinesische Statistik — Dokumentation zur Berichterstattung über die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der Volksrepublik. Von *Ernst Hagemann*.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Bulgarien in den achtziger Jahren. Von *Maria Lodahl*.

Zahlenanhang: I. Vierteljährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einschließlich Geldvermögensveränderungen. II. Beschäftigung und Arbeitnehmer Einkommen.

— Der nächste Wochenbericht erscheint am 14. Juli 1988 —

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33

Telefon (030) 82 99 10 — Telefax (030) 82 99 12 00

BTX-Systemnummer: 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp (beurlaubt).

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Frieder Meyer-Krahmer, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Peter Ring, Prof. Dr. Werner Rothengatter, Dr. Horst Seidler, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung 1988/89. Bearbeitet vom Arbeitskreis Konjunktur im DIW.

Verlag: Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: Zippel-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 110,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten.